

Wiener Stadt-Bibliothek.

57291 F

57291

Jan - June

1928

Wien, am Montag, den 2. Jänner 1928

.....  
Am Freitag Werkstagsfahrpreis auf der Strassenbahn und Stadtbahn. Kommen den Freitag (Feiertag) wird auf der Strassenbahn und Stadtbahn der Werkstagsfahrpreis eingehoben. Es haben daher die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochenkarten, Fürsorgefahrtscheine, Arbeitslosenfahrtscheine und Schüleranweisungen Gültigkeit. Die Hin- und Rückfahrtscheine sowie Wochenkarten können für die Rückfahrt schon von 11 Uhr vormittags an verwendet werden. Wie an gewöhnlichen Werktagen werden auch am Freitag Hunde auf der Stadtbahn von Betriebsbeginn bis neun Uhr vormittags und von 16 Uhr bis 18 Uhr nachmittags nicht befördert.

.....

1083 Obduktionen im Jahre 1926. Nach einer Statistik des städtischen Gesundheitsamtes wurden im Jahre 1926 insgesamt 1083 Obduktionen vorgenommen. So wurden 335 gerichtliche Obduktionen durchgeführt. Davon wurden 23 wegen Kindesmord, 43 wegen Fruchtabtreibung, 20 wegen Totschlag oder Mord und 249 wegen Tod infolge fremder Fahrlässigkeit vorgenommen. Sanitätspolizeiliche Oeffnungen fanden in Wien 748 statt. Davon wurden 537 an plötzlich Verstorbenen und 211 an Verstorbenen vorgenommen, die ohne ärztliche Behandlung gestorben sind. Bei allen Obduktionen waren die Aerzte des Wiener städtischen Gesundheitsamtes anwesend.

.....

Das Grossfeuer in Favoriten. Heute um 10 Uhr 24 vormittags wurde der Wiener Berufsfeuerwehr der Brand des Klosters und der Notkirche in Favoriten angezeigt. Ein Löschzug der Hauptwache Favoriten rückte sofort auf den Brandplatz aus und diesem folgten kurz darauf weitere Löschabteilungen. Mittlerweile waren schon Branddirektor Ingenieur Wagner, der die Löschaktion leitete, Vizebürgermeister Emmerling und amtsführender Stadtrat Linder auf der Brandstelle erschienen. Das Feuer war an einer Stelle ausgebrochen, die das Kloster und die Kirche, einen Holzbau mit Teerpappe gedeckt, gleich stark gefährdete. Es dauerte bis 12 Uhr 30 mittags, ehe das Feuer lokalisiert war. Eine Stunde später war das Feuer gelöscht. Die Löscharbeit leisteten 16 Geräte der Feuerwehr mit 4 Offizieren und 70 Mann, 85 Mann Gemeindegewache, die oft unter Lebensgefahr gemeinsam mit der Feuerwehr an der Bewältigung des Brandes arbeiteten, sowie stärkere Abteilungen der Sicherheitswache und des Bundesheeres. Die Löschaktion hatte vorerst an geringer Wasserzuführung zu leiden, dem durch Heranziehung von Bediensteten des städtischen Wasserleitungsbetriebes aber bald abgeholfen wurde. Die Feuerwehr arbeitete mit fünf Kraftspritzen, die von fünf Hydranten und einem Ventilschacht der Wasserleitung gespeist wurden. Der Gebäudeschaden ist beträchtlich, doch beträgt er höchstens ein Fünftel des erhaltenen Gutes.

.....

Bezirksvertretung Mariahilf. Donnerstag, den 26. Jänner, um 18 Uhr tritt die Bezirksvertretung Mariahilf zu einer öffentlichen Sitzung zusammen.

.....

Wien, am Dienstag, den 3. Jänner 1928

.....

Die Steuertafel für Personenautomobile. Jeder Besitzer von Personenkraftwagen ist verpflichtet, noch im Jänner die Steuertafel für das Jahr 1928 zu lösen. Um einen allzugrossen Parteienandrang zu vermeiden, wurde folgende Einteilung für die Ausgabe der Steuertafeln verfügt: In der ersten Jännerwoche sind die Steuertafeln für sämtliche Autotaxis zu beheben; in der zweiten Jännerwoche die Steuertafeln für Privatautos von P 1 bis P 1499; in der dritten Jännerwoche die Steuertafeln für Privatautos von P 1500 bis P 2999 und endlich vom Ende der dritten Jännerwoche an bis 31. Jänner die Steuertafeln für Privatautos von P 3000 an, weiters die Steuertafeln für Elektromobile, für befreite Kraftwagen und die Probefahrt-Abgabekennzeichen.

.....

Sportförderung durch die Gemeinde. Da alle Angelegenheiten, die den Körpersport betreffen, bei der Stelle "Stelle für Sport und Körperkultur" der Magistratsabteilung 12 (Gesundheitsamt) Zentral behandelt werden, werden die Wiener Vereinigungen für Sport und Körperkultur gebeten, ihre Ansuchen um Sportförderung durch die Gemeinde Wien nur an die Magistratsabteilung 12 (Sportstelle), I., Rathausstrasse 9 (Städtisches Wohlfahrtsamt), zu richten.

.....

Bezirksvertretung Brigittenau. Am Donnerstag, den 12. Jänner, um sieben Uhr abends tritt die Bezirksvertretung Brigittenau zu einer öffentlichen Sitzung zusammen. In dieser wird die Neuwahl des Bezirksvorstehers-Stellvertreters vorgenommen.

.....

Der Wiener freiwillige Rettungsdienst. Die Wiener freiwillige Rettungsgesellschaft und die Hietzinger freiwillige Rettungsgesellschaft besorgen in Wien den privaten Rettungsdienst. Dieser wird vom städtischen Gesundheitsamte überwacht. Nach einer Feststellung des städtischen Gesundheitsamtes intervenierte nun die Wiener freiwillige Rettungsgesellschaft im Jahre 1926 in 37.579 Fällen, darunter bei 14.111 Krankentransporten, und die Hietzinger freiwillige Rettungsgesellschaft in 6.004 Fällen, darunter bei 1867 Krankentransporten.

.....

Die städtischen Schneesäuberungsarbeiten. Die Beseitigung des Schnees aus den Wiener Strassen wird ununterbrochen fortgesetzt.

So waren gestern und heute 9983 Arbeitslose mit 1961 städtischen Strassenarbeitern mit der Säuberung der Wiener Strassen beschäftigt. Für die Schneeabfuhr wurden 33 Lastkraftwagen und 562 fremde Pferdepaare verwendet.

.....

Ausgestaltung der städtischen Volksbibliothek Wertheimstein. Wie schon mitgeteilt, hat die städtische Volksbibliothek Wertheimstein in Döbling vor einiger Zeit zwei Kataloge ausgegeben, die eine grosse Auswahl der Werke der schönen Literatur ermöglichen. Die Bibliothek in der Villa Wertheimstein hat einen Bestand von 13.200 Büchern und verfügt auch über ein gut ausgestattetes Lesezimmer.

.....

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 4. Jänner 1928

3

.....

Angelobung von Bauaufsichtsräten. Heute fand im Gemeinderatssitzungssaal die Angelobung der für die Funktionsperiode 1928/29 neuernannten Bauaufsichtsräte und deren Stellvertreter statt. Amtsführender Stadtrat Linder verwies auf die Bedeutung und die Aufgaben des Bauaufsichtsdienstes, der nunmehr bereits 27 Jahre besteht. Vizebürgermeister Emmerling nahm die Angelobung vor, wobei er die besondere Stellung der Bauaufsichtsräte und deren wertvolle Mitwirkung bei der nach der Wiener Bauordnung durch die technischen Organe der Gemeinde zu besorgenden Aufsicht für Privatbauten betonte. Für die Bauaufsichtsräte dankte Obmann Gemeinderat Anton Schiener für die anerkennenden Worte.

.....

Neuerliche Begünstigungen für das Gastgewerbe. Die Leitung des Fachvereines der Gastwirte ist schon vor längerer Zeit beim Magistrat vorstellig geworden, um die Umwandlung des Pauschales für gelegentliches Klavierspiel in die Berechtigung zur Verwendung von Berufsmusikern zu erlangen. Die eingehend geführten Verhandlungen stehen vor dem Abschluss. Die neuen Vereinbarungen beziehen sich auf kleinere und mittlere Gasthäuser mit einem Fassungsraum bis 120 Personen. Es darf nur ein Musiker, ohne Rücksicht auf die Art des Instrumentes, verwendet werden. Der Magistrat war bemüht, sowohl im Interesse der Gastwirte als auch der Musikerorganisation weitgehendes Entgegenkommen zu zeigen. Die neuen Ansätze gehen nicht wesentlich über die bisher in Geltung gestandenen Pauschalbeträge für gelegentliches, unvorhergesehenes Musizieren durch Gäste hinaus und sind je nach der Grösse des Lokales gestaffelt. Durch diese Neuordnung wird einem sehr lange gehegten Wunsche der Wiener Gastwirte entsprochen werden.

.....

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

4

Wien, am 5. Jänner 1928. (Donnerstag)

.....

Die Kindergärten der Gemeinde Wien. Die Geschichte der Wiener Kindergärten beginnt im Jahre 1863 mit der Gründung einzelner privater Kindergärten. Sechzehn Jahre später wird zum erstenmal das Kindergartenwesen in die staatliche Fürsorge einbezogen. Nach weiteren zehn Jahren erst, in den Jahren 1889 bis 1893, wurde die Betreuung von Kindern in Kindergärten anlässlich der Einverleibung der Vororte eine Angelegenheit der Wiener Gemeindeverwaltung. Die Entwicklung der städtischen Kindergartenfürsorge ging aber nur langsam vor sich. Im/Jahren 1889 bis 1893 übernahm die Wiener Gemeindeverwaltung elf private Kindergärten. Bis zum Jahre 1912 war die Zahl der Wiener städtischen Kindergärten erst auf 23 gestiegen, 1913 bestanden 26 Kindergärten, wozu dann am 1. Jänner 1914 durch die Uebernahme von privaten Kindergärten noch 22 Kindergärten dazukamen. In der Kriegszeit lag das ganze Kindergartenwesen der Stadt Wien darnieder. Die vom Wiener Magistrate nun herausgegebene und von Philipp Frankowski und Dr. Karl Gottlieb verfasste Broschüre "Die Kindergärten der Gemeinde Wien" gewährt jetzt einen weiten Ueberblick auf die umfassenden Tätigkeit der Gemeinde Wien auf dem Gebiete der städtischen Kindergartenfürsorge von 1918 bis in die jüngste Gegenwart. Die Broschüre ist mit vielen guten Bildern ausgestattet, die das Leben und Treiben in den 93 städtischen Kindergärten, die gegenwärtig in Betrieb stehen, treffend veranschaulichen und Zeugnis von der grossen Aufbauarbeit der Wiener Gemeindeverwaltung auf dem Gebiete des Kindergartenwesens geben. Diese Aufbauarbeit wird auch heuer fortgesetzt, so dass die Stadt Wien Ende 1928 über 103 städtische Kindergärten mit 321 Abteilungen verfügen wird. Das kleine Werk, das mit einem Vorwort des amtsführenden Stadtrates Professor Dr. Tandler eingeleitet wird, enthält sehr interessante Aufsätze über die Entwicklungsgeschichte der Wiener Kindergärten, über das Kinderproblem in der Jugend-, Gesundheits- und Erziehungsfürsorge der Stadt Wien, über den Betrieb der städtischen Kindergärten und über die Arbeitskonzentration, wie sie in den städtischen Kindergärten geübt wird.

.....

Unveränderte Kanalräumungsgebühren. Gegenüber dem Vormonate sind die Kanalräumungsgebühren für Jänner unverändert geblieben. Sie betragen das Dreissigfache des Monatszinses August 1914 beziehungsweise des Monatszinses, der der Bemessung der Wohnbausteuer zugrunde gelegt wurde.

.....

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat auf Antrag des amtsführenden Stadtrates Richter die Herstellung der öffentlichen elektrischen Strassenbeleuchtung in Favoriten in der Herndl-gasse von der Quellenstrasse bis zur Laaerstrasse, in der Laaerstrasse von der Herndl-gasse bis zur Kudlichgasse, in der Absberggasse von der Kudlichgasse bis zur Quellenstrasse und in dem restlichen Teil der Quellenstrasse, der noch nicht elektrisch beleuchtet ist, und in Döbling auf dem Döblinger-Gürtel, auf dem Lichtenwerderplatz, in der Glatzgasse und endlich in der Prälatenkreuzgasse beschlossen.

.....

Wien, am Samstag, den 7. Jänner 1928

Ein schadhafte Abflussrohr die Ursache des Gasrohrbruches in Währing.  
Wie bekannt, ereignete sich vorgestern in Währing ein schwereres Unglück durch Leuchtgas. Zur Feststellung der Ursache des Unglücks wurde nun das in der <sup>Edel-</sup>hofgasse liegende Gashauptrohr freigelegt, wobei ein Bruch dieses Rohres festgestellt wurde. Das Rohrgebrecen ist eine Folge der Schadhafteit des Abflussrohres der beiden im Laboratorium der Apotheke befindlichen Spülbecken. Das Abflussrohr, das in nächster Nähe des Gashauptrohres lag, war vollständig zerstört, so dass das von den Spülbecken kommende Wasser schon seit langer Zeit nicht in den Strassenkanal, sondern noch vor der Kreuzung der Abflussleitung mit dem Gashauptrohr ins Erdreich abfloss und es durchweichte. Dadurch setzte sich das Erdreich, was schliesslich zum Bruch des Gasrohres führte. Der Gasrohrbruch ist zweifellos auf die Unterwaschung des Strassengrundes durch das aus dem zerstörten Abflussrohr aufgetretene Spülwasser der Apotheke zurückzuführen.

Sitzungen im Rathaus. Der Wiener Stadtsenat tritt <sup>kommenden</sup> Dienstag um zehn Uhr vormittag zusammen. Der Wiener Gemeinderat wurde für Freitag, den 13. Jänner 1928, um fünf Uhr nachmittags einberufen.

Eine Wilhelm Buschgasse in Döbling. Nach einem Bericht des Gemeinderates Stubianek hat der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung die von der Görgengasse zur Nottebohmstrasse in Döbling führende Gasse nach Wilhelm Busch benannt. Die Erläuterungstafel wird folgenden Text aufweisen: Wilhelm Busch, 1832 bis 1908. Der deutsche Humorist, als Dichter und Zeichner bekannt.

Wähleraufnahme in Währing. Morgen beginnt die Wähleraufnahme für die am 25. März 1928 stattfindende Neuwahl der Bezirksvertretung Währing. Im Interesse einer raschen Durchführung der Wähleraufnahme ersucht der Magistrat die Wahlberechtigten, für den zur Ueberprüfung der Wähleranlageblätter entsendeten Beauftragten des Magistrates alle für die Beurteilung des Wahlrechtes massgebenden Dokumente bereitzuhalten oder beim Hauswart zu hinterlegen.

Die städtischen Schneesäuberungsarbeiten. Die Beseitigung des Schnees aus den Wiener Strassen wird ununterbrochen fortgesetzt. So wurden in den letzten vier Tagen 14.403 Arbeitslose aufgenommen, die mit 3892 städtischen Strassenarbeitern mit der Schneesäuberung beschäftigt <sup>waren.</sup> Für die Schneeabfuhr wurden ein Pferdeschneepflug, 26 Strassenkehrmaschinen, 10 Autokehrzüge, 60 Lastkraftwagen und 901 fremde Pferdepaare verwendet.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Im Zuge der Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung wird dieser Tage in der Inneren Stadt auf dem Schillerplatz, in der Nibelungengasse, in der Elisabethstrasse, in der Goethegasse, in der Gauer mann gasse und in der Marktgasse, in Mariahilf in der Liniengasse, in der Garbergasse und in der Worellgasse, in Hietzing in der Steinböckelgasse und schliesslich in Rudolfsheim in der Herklotzgasse, Arnsteingasse und Meinhardtsdorfergasse die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung in Betrieb gesetzt.

Wien, am Montag, den 9. Jänner 1928

Die finanzielle Not der Städte. Im Wiener Rathaus tagte heute der Grosse Ausschuss des Städtebundes. Vorsitzender Vizebürgermeister Emmerling berichtete über die Tätigkeit des Sekretariats. Vizebürgermeister Rückl (Graz) beantragte, dass sich der Städtetagskongress unbedingt mit den finanziellen Sorgen der Gemeinden befassen soll. Alle grösseren Gemeinden haben mit schweren Finanzsorgen zu kämpfen. Sie brauchen erhöhte Einnahmen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Seit dem Jahre 1924 nimmt die Bundesregierung von den geteilten Abgaben das sogenannte Präzipuum vorweg. Dadurch entgehen den Gemeinden im Jahre 1928 vierzig Millionen Schilling, was für Graz allein einen Verlust von rund einer halben Million Schilling ausmacht. Die Gemeinden müssen deshalb mit allen Nachdruck verlangen, dass dieses Präzipuum abgeschafft und den grösseren Städten überwiesen werde. Die Finanzlage des Bundes ist jetzt derart günstig, dass er gewiss auf diese Summe verzichten kann. Schliesslich müssen die Gemeinden auch die Festsetzung des Aufteilungsschlüssels für die Vermögenssteuer verlangen. Diese Abgabe muss nach dem Gesetz zwischen Bund, Ländern und Gemeinden geteilt werden. Bis heute hat sich die Regierung geweigert, den Teilungsschlüssel festzusetzen; sie will diese Steuer inkamerieren. Die Gemeinden müssen darauf bestehen, dass sie 25 Prozent von dieser Abgabe erhalten. Eine besondere Unterstützung von der Regierung müsse ferner noch den autonomen Städten zuteil werden, weil diesen Verwaltungen erhöhte Ausgaben durch die Agenden der politischen Verwaltung erwachsen. Damit die Öffentlichkeit volle Klarheit über die traurige Finanzlage der Städte bekommt, soll der Städtebund von der Regierung die Einberufung einer Enquete verlangen. - Nach einer sehr ausführlichen Aussprache, an der sich Bürgermeister Mehr (Linz), Bürgermeister Baran (Krems), Stadtrat Dr. Fischer (St. Pölten), Bürgermeister Muchitsch (Graz), Stadtrat Breitner (Wien), Präsident Dr. Danneberg (Wien) und Bürgermeister Sichrader (Steyr) beteiligten, wurde beschlossen, den Städtetag für den 25. und 26. Februar nach Wien einzuberufen. Die Teilnahme an der Sitzung stimmten einhellig den von Vizebürgermeister Rückl erhobenen Forderungen zu. Schliesslich wurde noch die in letzter Zeit aufgetauchte Frage der Aufteilung der geteilten Abgaben nach der Bevölkerungszahl erörtert und als schädlich für die Städte einhellig abgelehnt. Die Sitzung nahm dann einen Bericht der Sekretärs Hönay über die Vorarbeiten für den Internationalen Städtetagskongress entgegen. Der Kongress wird im Oktober in Sevilla abgehalten.

2915 Einäscherungen im Wiener Krematorium. Im Wiener Krematorium wurden an 303 Einäscherungstagen des Vorjahres 2915 Verstorbene eingeäschert. Von diesen waren 1756 Männer und 1159 Frauen. Die Zahl der eingeäscherten Kinder betrug 131. Von den Verstorbenen waren 1837 römisch-katholischen, 255 evangelischen, 237 mosaischen und 45 altkatholischen Glaubensbekenntnisses. 512 Verstorbene waren konfessionslos. In der Zeremonienhalle des Krematoriums wurden insgesamt 2581 Leichen aufgebahrt und 964 kirchliche Einsegnungen vorgenommen.

Die Sterblichkeit in der Wiener Bevölkerung. Im November des Vorjahres ist die Sterblichkeit in der Wiener Bevölkerung nur ganz gering angestiegen. Nach dem Stande der Wiener Bevölkerung vom 1. November 1927 betrug die Sterblichkeit im Ganzen 12'19 pro mille. Die Todesfälle an Tuberkulose, an den Krankheiten der Atmungsorgane und die Selbstmorde haben zugenommen. Die grösste Zahl der Todesfälle betraf auch im November wieder die Krankheiten der Kreislauforgane, dann an Krebs und bösartigen Geschwülsten und schliesslich die Krankheiten an Tuberkulose.

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

7

Wien, am Dienstag, den 10. Jänner 1928.

.....

Jubilare der Ehe. Vergangenen Samstag überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Linder den Ehepaaren Heinrich und Elisabeth Benedik, Rudolf und Henriette Gailhofer, Georg und Henriette Geiger, Johann und Katharina Kusta und Johann und Anna Pesicka anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe und die Erinnerungsblätter der Stadt Wien. Die Erinnerungsblätter hat akademischer Maler Ernst Kutzer entworfen. Sie wurden Samstag zum erstenmal Ehejubilaren überreicht.

.....

Die Wiener Strassenreinigung. Die Säuberung der Wiener Strassen von den noch in den Strassen liegenden Schneemengen wird ununterbrochen fortgesetzt. So waren gestern und heute wieder 597<sup>1/2</sup> Arbeitslose mit 1057 städtischen Strassenarbeitern mit der Reinigung der Wiener Strassen beschäftigt. Die maschinelle Schneesäuberung besorgten 35 Pferdekehrzüge und 10 Autokehrzüge. Für die Schneeabfuhr wurden 25 Lastkraftwagen und 179 fremde Pferdepaare verwendet.

.....

Wien, am Mittwoch, den 11. Jänner 1928

426.510 Gasbesitzer in Wien.

Im Dezember hat die Zahl der Gasabnehmer in Wien abermals bedeutend zugenommen. Am 31. Dezember wurden insgesamt 426.510 Konsumenten gezählt. Da am 31. Dezember 1913 in Wien 211.815 Gasabnehmer waren, so hat gegenüber dem Frieden die Zahl der Gaskonsumenten sich jetzt nicht nur verdoppelt, sondern ist darüber hinaus noch um rund 3000 weiter angestiegen. Diese Aufwärtsbewegung hält weiter an. Insgesamt wurden im Dezember 3490 Gasmesser aufgestellt. Auch die Zahl der Gasgeräte und Gasöfen, die von den Wiener städtischen Gaswerken verkauft worden sind, nimmt ständig zu. Grossen Absatz finden insbesondere die Koksöfen "Muster Wiener Gaswerke" von denen im Dezember nicht weniger als 1120 verkauft worden sind. Im Zuge der fortlaufenden Ausgestaltung der städtischen Gaswerke wurden auch im Dezember wieder umfangreiche Bestellungen an die Industrie und an das Gewerbe vergeben.

Baukünstlerischer Wettbewerb der Gemeinde Wien. Zur Belebung der baukünstlerischen Tätigkeit unter den freischaffenden Architekten und um auch jungen, unbekannteren Baukünstlern Gelegenheit zu geben, ihr Können zu zeigen, schreibt die Gemeinde Wien einen allgemeinen öffentlichen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für städtische Wohnhausbauten in Meidling aus. Der Wettbewerb ist für die in Wien ständig wohnhaften Architekten österreichischer Staatsbürgerschaft offen. Die Zuerkennung der Preise obliegt einem Preisgericht, dem amtsführende Stadtrat Anton Weber, Stadtbaudirektor Dr. Ingenieur Franz Musil, Oberstadtbaurat Architekt Ingenieur Josef Bittner, Architekt Prof. Dr. Peter Behrens, Architekt Heinrich Schmidt, Oberbaurat Architekt Professor Dr. Josef Hoffmann und Architekt Hermann Aichinger angehören. Es sind ein erster Preis von 1600 Schilling, ein zweiter Preis von 1200 Schilling und zehn Ankäufe zu je 800 Schilling vorgesehen. Die Unterlagen zu diesem Wettbewerb sind von Montag, den 16. Jänner 1928 an in der Stadtbaudirektion, Wien I., Neues Rathaus, Stiege 6, Mezzanin, während der Amtsstunden gegen Erlag von zwei Schilling, die bei der Einreichung eines Projektes wieder zurückerstattet werden, zu beziehen. Als letzter Einreichungstermin wurde der 27. Februar 1928, 12 Uhr mittags, bestimmt.

Die Entscheidung des Schweizer Gerichtes über die Wiener Stadtanleihe vom Jahre 1902. Die in den heutigen Tageszeitungen erschienenen Mitteilungen über eine Entscheidung eines Schweizer Gerichtes bezüglich der Investitionsanleihe der Stadt Wien vom Jahre 1902 müssen in mehrfacher Beziehung richtiggestellt werden. Vor allem ist festzustellen, dass es sich nicht etwa um ein nach kontradiktorischer Verhandlung von einem Schweizer Gericht gefälltes, meritorisch begründetes und ausserhalb der Schweiz vollstreckbares Urteil, sondern um eine <sup>pro-</sup>visorische Entscheidung des sogenannten Betreibungsamtes in Basel (eine Art Exekutionsbehörde) handelt, vor dem vermöge einer dem schweizerischen Recht eigentümlichen Verfahrensart der betreffende Gläubiger gegen die Gemeinde Wien die Erlassung einer provisorischen Verfügung beantragt hat. Zum richtigen Verständnis dieser Verfügung muss der bezüglich der Investitionsanleihe der Stadt Wien vom Jahre 1902 bestehende Tatbestand in Erinnerung gebracht werden. Die Gemeinde Wien hat im Jahre

1902 ein Anlehen begeben, dessen Obligationen unter anderen auch die Verpflichtung der Gemeinde zum Ausdruck brachten, Kapital und Zinsen bei ausländischen Zahlstellen in der Landeswährung der Zahlstelle einzulösen. Von dieser Verpflichtung wurde die Gemeinde durch das Bundesgesetz vom Jänner 1922 befreit, in dem die Gemeinde ermächtigt wurde, das gesamte restliche Anlehen aufzukündigen und in Kronen österreichischer Währung zurückzuzahlen. Trotzdem hat die Gemeinde Wien mit Rücksicht auf den internationalen Charakter der gegenständlichen Anleihe mit einer Reihe von ausländischen Gläubigerkomitees Abmachungen getroffen, durch die den ausländischen Inhabern über das Gesetz hinaus besondere Begünstigungen in einer solchen Art eingeräumt wurden, dass die Gläubigerkomitees, darunter auch die schweizerische Bankiersvereinigung, das entgegenkommende Verhalten der Gemeinde dankend anerkannt haben. Eine wesentliche Voraussetzung für die Unterstellung der Inhaber unter die getroffenen Vereinbarungen war die, dass die Obligationen vor Kriegsausbruch, im besonderen Fällen vor November 1918 erworben wurden, um dadurch den vorzusehenden missbräuchlichen spekulativen Untrieben vorzubeugen. Nach Beendigung dieser Verhandlungen und nach Abschluss der verschiedenen Übereinkommen mit den Gläubigern hat die Gemeinde Wien den restlichen Betrag der Obligationen in der Höhe von ungefähr vierzig Millionen Kronen im Sinne des § 1425 a. b. G. B. und des früher erwähnten Spezialgesetzes bei Gericht erlegt und sich dadurch von allen weiteren Verbindlichkeiten bezüglich dieser Obligationen befreit. Vor einiger Zeit wurde nun in der Schweiz der Versuch gemacht, gegen die Gemeinde Wien aus Obligationen, die ausserhalb der Akkords stehen, Anspruch auf Zahlung in schweizer Franken geltend zu machen. Hiezu wurde der bereits eingangs erwähnte Weg einer provisorischen Verfügung, der sogenannten Rechtsöffnung, gewählt. Diese wurde nun tatsächlich am 9. Jänner 1928 vom Betreibungsamt Basel den Gläubigern zugestanden. Ob die Gemeinde dagegen die sogenannte Aberkennungsklage ergreifen wird, hängt von dem noch ausstehenden Bericht des schweizerischen Anwaltes der Gemeinde Wien ab. Jedenfalls ist aber sicher, dass der betreffende Obligationenbesitzer durch diese Rechtsöffnung nur ein sehr problematisches Recht erworben hat, da er ausserhalb der Schweiz keinen Titel für eine Exekutionsführung besitzt. Hierbei muss aber hervorgehoben werden, dass selbst eine nach kontradiktorischer Verhandlung ergehende, meritorisch begründete Entscheidung eines Schweizer Gerichtes in Oesterreich nicht vollstreckbar sein würde, da dem die für Oesterreich geltende Norm entgegenstehen würde, dass nur das Urteil eines solchen Gerichtes hier vollstreckt werden kann, das auch nach der österreichischen Jurisdiktionsnorm zur Fällung der betreffenden Entscheidung kompetent gewesen wäre. Wenn in den veröffentlichten Mitteilungen auf die Möglichkeit hingewiesen wird, die in der Schweiz vorgenommenen Zeichnungen auf die neue dreissig Millionen Dollaranleihe mit Beschlag zu legen, so ist dies vollkommen ausgeschlossen. Die Gemeinde hat die Dreissigmillionen Dollaranleihe an die amerikanische Bankengruppe fix begeben und dem vereinbarten Erlös bereits zur Gänze erhalten. Die auf die einlaufenden Zeichnungen in der Schweiz eingehenden Beträge sind daher nicht Eigentum der Gemeinde Wien sondern vielmehr jener Bank, die zur Befriedigung der schweizerischen Zeichnungen programmgemäss die Titres zur Verfügung zu stellen hat, die sich daher auch einen exekutiven Eingriff in ihre Rechte gefallen zu lassen, keine Ursache hat.

Wien, am Donnerstag, den 12. Jänner 1928.

Errichtung von grossen Wohnhausanlagen in der Leopoldstadt, in Meidling und in der Brigittenau. Der Wiener Gemeinderat hat am 28. Juni 1927 das dritte Wohnbauprogramm und zwar die Errichtung von insgesamt dreissigtausend Wohnungen in den Jahren 1928 bis 1932 beschlossen. Zur Durchführung dieses Wohnbauprogrammes hat nun der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen nach einem Bericht des Stadtrates Weber beschlossen, in Meidling auf den von dem Gaudenzdorfergürtel, von der Steinbauergasse, Siebertgasse und von der Arndtstrasse eingefassten Baugründen eine Wohnhausanlage mit ungefähr 300 Wohnungen zu errichten. Die Wohnhausanlage soll auch ein Jugendheim, eine zentrale Waschküchenanlage und Geschäftslokale beherbergen. Zur Erlangung geeigneter Entwürfe hat, wie schon gemeldet, die Wiener Gemeindeverwaltung einen allgemeinen öffentlichen Wettbewerb ausgeschrieben, der für die in Wien ständig wohnhaften Architekten, die österreichische Staatsbürger sind, offen ist. Ein zweiter Beschluss des Gemeinderatsausschusses für Wohnungswesen sieht den Bau einer grossen Wohnhausanlage in der Leopoldstadt und in der Brigittenau auf jenen Gründen vor, die bei der Liquidierung der Donauregulierungskommission in das Eigentum der Gemeinde übergegangen sind. Der Grundkomplex, der verbaut wird, liegt zwischen der Wehlstrasse, Robert Blumgasse, Handelskai, Lutzgasse, Engerthstrasse, Griegplatz, Leystrasse, Forsthausgasse und Engelsplatz. Er eignet sich wegen seiner Lage und seiner Grösse insbesondere für den Bau einer grossen Wohnhausanlage.

Der Wiener Fasching im Fremdenverkehr. Schon die ersten Faschingstage bewiesen, dass der Gedanke der Fremdenverkehrskommission, den Wiener Fasching im Interesse des Fremdenverkehrs propagandistisch auszunützen, ein besonders glücklicher war. In den grossen Wiener Hotels sind für die Faschingstage schon zahlreiche Anfragen und Anmeldungen aus den Bundesländern, aus den Nachbarstaaten und aus Deutschland eingelaufen. Voraussichtlich wird also mit einem starken Faschingsbesuch gerechnet werden können. Bei der Fremdenverkehrskommission erfolgten in den letzten Tagen wiederholt telefonische Anfragen aus Deutschland und aus Budapest, die zeigen, dass das Interesse der wohlhabenden Besucher aus dem Auslande vor allem der Opernredoute gilt. Die Auslandspropaganda der Fremdenverkehrskommission für den Fasching hat schon im Herbst begonnen. Ein Prospekt in mehreren Sprachen, der sowohl dem Wiener Fasching als auch dem Wintersport in Niederösterreich gewidmet ist, wurde an alle massgebenden Stellen des Auslandes verschickt. Ein zugkräftiges Plakat mit deutschem, französischem, englischem, ungarischem und tschechischem Text wurde in alle wichtigen Städte des Auslandes, vor allem an Hotels, Reisebüros u. s. w. versendet. An die Leitungen von tausend gesellschaftlichen und sportlichen Klubs in den verschiedensten Ländern ist ein Rundschreiben ergangen, in dem die Präsidenten der Klubs eingeladen wurden, zum Fasching Gesellschaftsreisen ihrer Klubmitglieder nach Wien zu veranstalten. Bei der Aktion "Fasching in Wien" hat die Fremdenverkehrskommission sofort eine grosse Veranstaltung im Prater, dem klassischen Ort der Wiener Volksbelustigung, im Rahmen des Faschingsprogrammes vorgesehen. Nunmehr ist das ausführliche Programm für Faschingssonntag, den 19. Februar, festgelegt. Der Prater wird am Faschingsonntag

seinen üblichen Winterschlaf unterbrechen, um den Faschingsgästen Gelegenheit zu geben, auch diesen weltberühmten Vergnügungsort Wiens in vollem Betriebe kennen zu lernen. Der Faschingsonntagrummel im Prater beginnt nachmittags mit dem Einmarsch von 4 kostümierten Musikkapellen, denen berittene Herolde voranziehen werden, in dem Zug werden auch Faschingsfestwagen zu sehen sein. Alle Objekte des Praters werden festlich dekoriert sein und die Angestellten der Vergnügungsetablissemments wie Ringelspiele, Grottenbahn, Kinos u. s. w. werden als lustige Personen kostümiert ihren Dienst versehen. Nach einem Beschluss des Verbandes der Praterhüttenbesitzer sollen mit Einbruch der Dunkelheit die volkstümlichen Festlichkeiten in den einzelnen Lokalen beginnen. Unter anderem ist eine Künstler-Gschnas-Vorstellung, ein Komikerrummel, ein Altwiener Faschingsabend und zahlreiche Kostümkränzen geplant. Ein Zapfenstreich wird den Faschingsrummel im Prater beschliessen. Da auch das Publikum mit Juxkappen und Scherzartikeln ausgerüstet und ein Koriandolikorso veranstaltet werden soll, verspricht der Faschingsrummel im Prater ein grosses volkstümliches Karnevalsfest zu werden, wie es in Wien bisher unbekannt war. Sobald die Werbeaktion für den Fasching beendet ist, werden von der Fremdenverkehrskommission die Propagandamassnahmen für die Festwochen im Juni, die schon vor einiger Zeit begonnen wurden, intensiver fortgesetzt werden.

Regelung des Parteienverkehrs in der Matrikenabteilung für Konfessionslose. Der Parteienverkehr in der Geschäftsgruppe II der Magistratsabteilung 50, der die Agenden der Namens- und Matrikenangelegenheiten, Immatrikulierung der Geburts- und Sterbefälle von Personen, die keiner staatlich anerkannten Kirche oder Religionsgesellschaft angehören, obliegen, wird vom 16. Jänner an von 1/2 10 Uhr vormittags bis 13 Uhr nachmittag festgesetzt. Dieser Geschäftsgruppe ist jeder Geburts- oder Todesfall Todesfall Konfessionsloser binnen acht Tagen anzuzeigen. Zur Erstattung der Geburtsanzeige, bei der auch der Name des Kindes bekanntzugeben ist, ist zunächst der eheliche Vater des Kindes verpflichtet. Ist der Vater nicht anwesend oder ausser Stande, die Geburt anzuzeigen, oder handelt es sich um ein uneheliches Kind, so ist die Anzeige von dem Geburtshelfer oder der Hebamme zu erstatten. Wurde der Geburt kein Geburtshelfer oder keine Hebamme beigezogen, ist der Wohnungsinhaber zur Anzeige verpflichtet. Ansonsten hat die Mutter die Geburtsanzeige zu veranlassen. Die Todesanzeige, bei der der Totenbeschauzettel beigebracht werden muss, ist von dem Überlebenden Ehegatten, oder von dem nächsten Angehörigen oder von dem Besitzer des Hauses oder der Wohnung, wo der Todesfall eingetreten ist, zu erstatten.

Vorübergehende Ablenkung des Bahnhofrundverkehrs. In der Nacht vom Freitag auf Samstag wird der Bahnhofrundverkehr wegen Arbeiten auf dem Margartengürtel vom Mariahilfergürtel über die Wallgasse-Gumpendorferstrasse-Reinprechtsdorferstrasse zum Matzleinsdorfer Platz geführt. Die Ablenkung gilt für beide Fahrtrichtungen.

Bezirksvertretung Landstrasse. Die Bezirksvertretung Landstrasse hält Donnerstag, den 19. Jänner, um 5 Uhr nachmittags eine öffentliche Sitzung ab.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 10  
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 13. Jänner 1928

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 13. Jänner 1928

Bürgermeister Seitz eröffnet um fünf Uhr nachmittags die Sitzung. Zunächst werden ohne Debatte der Bauentwurf für weitere Baustellen der Wohnhausanlage Am Wienerberg-Spinnerin am Kreuz mit einem Kostenerfordernis von vier Millionen Schilling, die Aufstellung des Schubertbrunnens Ecke Liechtensteinstrasse und Alserbachstrasse, eine Neuanschaffung von Gasmessern mit einem Kostenaufwand von 200.000 Schilling, die Errichtung einer Luftdruckkühlanlage und einer Keaselschlackenverladeanlage im Ueberlandkraftwerk Ebenfurth mit einem Kostenerfordernis von zusammen 480.000 Schilling, die Anschaffung von zwei Dampfturbinen im Kraftwerk Simmering mit einem Kostenaufwand von 120.000 Schilling, die Erhöhung der Schlieferzulage im städtischen Kanalräumungsbetrieb und schliesslich mehrere Grund- und Hausankäufe genehmigt.

Die Minderheit hat zwei Dringlichkeitsanträge eingebracht, von denen einer die Strassenbahnunfälle durch Versagen der Bremsvorrichtung behandelt, während der andere sich mit der bevorstehenden Wahl des Hilfenausschusses des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft beschäftigt. Die beiden Anträge lauten:

In der letzten Zeit mehren sich in geradezu beängstigender Zahl die Zugszusammenstösse im Betriebe der städtischen Strassenbahnen. Immer wieder wird als Ursache dieser Zusammenstösse das Versagen der Bremse angegeben. Die Häufigkeit dieser Zusammenstösse führt zu der begründeten Annahme, dass nicht nur das in Anwendung stehende Bremssystem, sondern die Bremsvorrichtungen selbst den an sie zu stellenden Anforderungen nicht zu entsprechen vermögen. Nicht von der Hand zu weisen ist auch die Besorgnis, dass der Instandhaltung der Bremsvorrichtungen nicht jenes Augenmerk zugewendet wird, welches die Gewährleistung der vollen Betriebssicherheit erfordert. Auf jeden Fall hat die Öffentlichkeit ein Recht, darüber Beruhigung zu verlangen, dass im Betriebe der Strassenbahn alle Vorkehrungen getroffen werden, die nach menschlichem Ermessen ausreichen, um Zusammenstösse zu vermeiden.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag, der Gemeinderat wolle beschliessen:

Der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe VIII wird beauftragt, unverzüglich eine Generalrevision der Bremsvorrichtungen des gesamten Wagenparkes zu veranlassen, dem Ausschusse für städtische Unternehmungen in kürzester Frist nicht nur über das Ergebnis dieser Revision sondern auch über die Behebung der allenfalls festgestellten Mängel zu berichten und dem Gemeinderate raschestens Anträge auf Ausstattung des gesamten Wagenparkes mit modernen Bremsvorrichtungen zu unterbreiten.

Der Hilfenausschuss des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft hat für Samstag, den 21. Jänner, die Gehilfen-(Wahl-)Versammlung in das Wiener Konzerthaus einberufen. Als Wahlzeit wurde die Zeit von 7 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags bestimmt.

Wenn in Rücksicht gezogen wird, dass annähernd 50.000 Wahlberechtigte Gehilfen in Wien sind, die also alle innerhalb zehn Stunden in einem einzigen Lokale ihr Wahlrecht ausüben sollen, erscheint es auf den ersten Blick, dass ganz unzulängliche Bestimmungen getroffen wurden. Es erscheint daher auch <sup>als</sup> eine Verpflichtung der Aufsichtsbehörde, die erforderliche Korrektur vorzunehmen und solcher Art zu ermöglichen, dass

wirklich alle Angestellten ohne Zeitverlust und ohne Geldaufwand in die Lage kommen können, von ihrem Wahlrechte Gebrauch zu machen. Die Gehilfen-(Wahl-)versammlung ist daher auf einen Sonntag zu verlegen und ist überdies zu zentralisieren.

Aus diesem Grunde stellen die Gefertigten den Antrag, der Wiener Gemeinderat wolle beschliessen:

Der Herr Bürgermeister als Chef des Magistrates wird beauftragt, unverzüglich Massnahmen zu treffen, dass die vom Hilfenausschuss des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft einberufene Gehilfen-(Wahl-)versammlung sowohl zeitlich als örtlich derart anberaumt werde, dass die Wahlberechtigten die Möglichkeit ungehinderter und ohne Beschwerde möglicher Teilnahme erlangen.

Nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung werden die zwei Dringlichkeitsanträge am Schluss der Sitzung verhandelt werden.

Vizebürgermeister Emmerling referiert über

Fahrpreise auf der elektrisch betriebenen Kraftstellwagenlinie Pötzleinsdorf-Salmansdorf und auf der Kraftstellwagenlinie Oberdöbling der Neustift am Walde. Er teilt mit, dass für diese Linien ein heitliche Tarif von zwanzig Groschen für Erwachsene und von fünf Groschen für Kinder gelten werde. Der begünstigte Tarif von acht Groschen für Erwachsene und von vier Groschen für Kinder, der bisher für die Einheimischen bestand, soll auch für die neue Linie gelten. Der Betrieb wird frühestens am 23. Jänner und spätestens am 30. Jänner aufgenommen werden. In der Früh werden die Wagen in Abständen von 10 bis 15 Minuten in der stärksten Zeit von zehn Minuten, dann wieder von 15 Minuten und nur <sup>den</sup> letzten Wagen von 22 Uhr an in Zeitabständen von 25 Minuten verkehren. Der letzte Wagen wird um 23<sup>30</sup> Minuten ab Neustift am Walde gehen.

Gemeinderat Holoubek (E.D.) erinnert daran, dass über die Anträge der Christlichsozialen, die sich auf die Verbesserung des Verkehrs durch das Krottenbachtal bezogen, bisher immer hinweggegangen wurde, obwohl die Währinger und die Döblinger Bezirksvertretungen einstimmige Beschlüsse gefasst haben. Dass man sich jetzt <sup>zu</sup> den vorliegenden Antrag entschlossen hat, hat nur politische Gründe. Wir stehen vor der Wahl der Bezirksvertretung Währing, es geht um die Position des Währinger Bezirksvorstehers. Auch die Schaffung der Haltestelle in der Gertrudgasse, die bisher immer verweigert wurde, hat <sup>ihren</sup> Grund in der bevorstehenden Wahl. Man ist vernünftigen Wünschen der Opposition nicht zugänglich. Nur dort, wo es an den Kragen geht, werden die Herrschaften auf einmal entgegenkommend. Wir begrüssen den Fortschritt und würden nur wünschen, dass öfter eine Situation entsteht, in der die Mehrheit gezwungen wird, andere brennende Fragen einer Erlösung zuzuführen. Allerdings kann es den Interessenten nicht befriedigen, dass statt der Strassenbahnlinie eine Autobuslinie geschaffen wird, da gewisse Bezirksteile auch jetzt noch vom Verkehr ausgeschlossen bleiben und die Salmansdorfer und Neustifter nicht den Tarif von 28 Groschen wie all anderen Wiener sondern noch 20 Groschen dazu zu zahlen haben werden. Die Bevölkerung der betroffenen Bezirksteile verlangt nach wie vor, den Bau einer Strassenbahnlinie durch das Krottenbachtal. Schliesslich kritisiert der Redner, dass die Intervalle auf der Autobuslinie zu grosse sind und erklärt, dass seine Partei für den Antrag stimmen werde (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste).

GR. Dr. Hengl (E.L.) gibt dem Wunsche der Neustifter und Salmansdorfer nach Schaffung einer Strassenbahnlinie durch das Krottenbachtal Ausdruck und schliesst sich den Ausführungen des Gemeinderates Holoubek an, dass nur die Währinger Bezirksvertretungswahl die Ursache für die Verbesserung des Autobusverkehrs, beziehungsweise für die Schaffung einer neuen Autobuslinie war. Zu bedauern ist es, dass es nicht wie in der Inneren Stadt ermöglicht wurde von der Strassenbahn auf den Autobus zu einem verbilligten Tarif umzusteigen. Es macht den Eindruck als ob die Strassenbahndirektion die Frequenz dieser Linie künstlich niederhalten will, um einen Vorwand zu haben, die Strassenbahnlinie nicht schaffen zu müssen. Der Tarif ist unsozial, denn alle einheimischen Hausbesitzer haben die Möglichkeit zu dem verbilligten Tarif zu fahren, während die dortbeschäftigten Arbeiter den Betrag von zwanzig Groschen bezahlen müssen. Der Redner stellt folgende Anträge: Der besondere Tarif von acht Groschen ist auch allen in dem im Abschnitt II bezeichneten Gebiet beschäftigten Arbeitern und Angestellten zuzuerkennen, und die Autobuslinie ist bis zur Stadtbahnhaltestelle Nussdorferstrasse zu führen. Für den Fall der Ablehnung des letzteren Antrages stellt er den Eventualantrag die Weiterführung der Linie bis zur Stadtbahnhaltestelle Nussdorferstrasse an Sonntagen zu beschliessen. Er regt ferner an, dass der Betriebsschluss um eine halbe Stunde später als vorgesehen erfolgen soll und erklärt schliesslich die Bevölkerung betreffend, Ortsteile werde keine Rücksicht geben, bis die Strassenbahnlinie nach Neustift am Walde geschaffen sei.

GR. Dr. Pfeiffer (E.L.) bemerkt, der Antrag auf Schaffung der Autobuslinie sei nachdem alle früher gestellten Anträge abgelehnt wurde, nun überraschend gekommen, offenbar wegen der bevorstehenden Währinger Wahl. Er vertritt die Forderung nach Schaffung einer Strassenbahnlinie durch das Krottenbachtal und bestreitet die Behauptung, dass diese Strassenbahnlinie unrentabel wäre. Einem Autobusverkehr ohne Umsteigemöglichkeit könne die Neustifter und Salmansdorfer Bevölkerung nicht befriedigen. Die Frage wird von einem rein fiskalischen Gesichtspunkt beurteilt. Die Tagesordnung bietet aber auch in der Beziehung eine Überraschung, dass eine Reihe von Krediten aus der Dollaranleihe bestritten werde. Seine Partei haben für diese Anleihe unter der Voraussetzung gestimmt, dass Stadtrat Breitner gemäss seinem Versprechen einen Plan über die Verwendung der Anleihe vorlegen werde. Das Versprechen wurde nicht eingehalten. Die Dollaranleihe wird aber zierweise verwendet, ohne dass der Gemeinderat eine Uebersicht über die Gesamtverwendung bekommt. Dagegen müsse er protestieren. Insbesondere auch deshalb, weil die Frage der Strassenbahnlinie nach Salmansdorf und Neustift dadurch berührt werde. Er erklärt schliesslich, dass er für die Vorlage und für die Anträge Dr. Hengls stimmen werde. Die Autobuslinie könne er aber nur als eine Etappe betrachten, die Neustifter und Salmansdorfer müssen durch Schaffung einer Strassenbahnlinie den übrigen Wienern gleichgestellt werden. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

Vizebürgermeister Emmerling bemerkt zunächst, er wolle auf die Ausführungen des Gemeinderates Holoubek, die rein politischer Natur gewesen seien nicht eingehen. Im Uebrigen hat Gemeinderat Holoubek den Antrag auch als einen Fortschritt erklärt, was er zur Kenntnis nehme. Gemeinderat Hengl erweist den Salmansdorfern und Neustiftern einen einheitlichen schlechten Dienst, wenn er die Einbeziehung der Autobuslinie in das Tarifgebiet verlangt. Dann müssten die Einheimischen auch für Fahrten im Randgebiet statt acht Groschen 28 Groschen zahlen. Schliesslich wendet sich Vizebürgermeister Emmerling gegen die Ausführungen des Gemeinderates Pfeiffer über die Dollaranleihe, indem er darauf hinweist, dass das Budget zunächst ohne Rücksicht auf die Anleihe erstellt worden

sei. Nun, nach dem die Gemeinde die Anleihe bekommen hat sind die Investitionen, statt auf Bankkredite auf die Anleihe umgeschrieben worden. Aber alle diese Investitionen wären auch gemacht worden, wenn die Gemeinde die Anleihe nicht bekommen hätte. Sowohl ich wie Stadtrat Breitner haben ausdrücklich erklärt, dass alle Investitionen der städtischen Unternehmungen, der Strassenbahn, Gaswerke und Elektrizitätswerke auf Anleihekonto gesetzt werden und dass das einen Betrag von 60.000 Schilling ergebe. Ueber die Verwendung des Restes wird dem Stadtsenat ein Plan unterbreitet werden. Dieser Plan kann natürlich nicht von heute auf morgen aufgestellt werden. Es ist daher nicht richtig, wenn Gemeinderat Pfeiffer behauptet, dass wir ein gegebenes Versprechen nicht eingelöst hätten. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Der Antrag des Referenten wird angenommen, die Anträge Hengl abgelehnt.

Vizebürgermeister Emmerling berichtet über den Ausbau der Strassenbahnlinie 11. Durch die Verbauung ist die Verlängerung dieser Linie bis zum Engelsplatz notwendig geworden. Der neue Teil ist 1¼ Kilometer lang. Es wird ein Fünfminutenverkehr eingerichtet werden. Die Baukosten sind mit 590.000 Schilling veranschlagt und werden aus dem Erlös der Dollaranleihe bestritten. Der Wunsch nach einer Schleife am Engelsplatz ist unerfüllbar, weil dadurch der übrige Verkehr nachteilig beeinflusst werden würde. Auch die hohen Kosten von 45.000 Schilling sind nicht zu verantworten.

GR. Schelz (E.L.) bemängelt, dass nur eine Zwerglinie durch diese Verlängerung geschaffen wird. Notwendig ist die Verlängerung des V Wagens zur Floridsdorfer Brücke. Der 34er Wagen fährt heute bis zur Waxstrasse. Im Interesse des Verkehrs bei sportlichen Veranstaltungen nach Döbling wäre auch bei dieser Linie eine Verlängerung notwendig. Schliesslich müsste auch der O Wagen in die Marchfeldstrasse geführt werden.

Vizebgm. Emmerling erklärt, dass die eingleisige Strecke der Linie 11 vollständig den Anforderungen genügt. Diesbezüglich wurden genaue Erhebungen gepflegt. Die beengten Platzverhältnisse machen auch die gewünschte Schleife am Engelsplatz unmöglich.

Der Antrag wird angenommen.

Vizebgm. Emmerling beantragt den Bau einer Strassenbahnlinie von der Ottakringerstrasse durch die Speckbachergasse-Wilhelminenstrasse Sandleitengasse und Güpferlinggasse bis zur Hernalser Hauptstrasse. Diese Linie ist notwendig um die grosse Wohnhausanlage Sandleiten in den städtischen Strassenbahnverkehr einzubeziehen. Die Kosten werden mit 1,570.000 Schilling veranschlagt und aus der Dollaranleihe gedeckt.

GR. Ullreich (E.L.) bemängelt, dass die berechtigten Wünsche der Ottakringer Bevölkerung nach Strassenbahnlinien unberücksichtigt geblieben sind. Was heute beantragt wird entspricht durchaus nicht den gehegten Erwartungen. Am zweckmässigsten für die Verbindung zur Sandleiten ist zweifellos die Fortführung der Linie 10. Die neue Linie hat die ungünstigste Tassierung die man sich denken kann. Die Speckbachergasse hat keine Verbindung zur Thaliastrasse, die neue Linie wird also keine direkte Verbindung zum 46er, 47er und 10er Wagen haben. Der Redner kritisiert, dass der 10er Wagen in der Mittagszeit ohne Beiwagen geführt wird, obwohl gerade um die Mittagszeit ein sehr starker Verkehr ist. Ein weiterer Uebelstand ist noch der, dass die 10er Linie mit den ältesten Wagen betrieben wird. Gemeinderat Ullreich stellt dann schliesslich zwei Anträge. Der eine Antrag verlangt die Führung der 10er Linie durch die Maroltingergasse bis zur Ottakringerstrasse und der zweite Antrag fordert die Verlängerung der Linie J ins Liebhartstal bis zur Katharinenruhe. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Millik (E.L.) erklärt, dass der 10er Wagen in einiger Zeit doch nach Neuwaldegg müsste geführt werden. Es wäre dann zweckmässig die neue Linie durch die Wilhelminenstrasse bis zum Paulinensteig und von dort über die projektierte Strasse zur Katharinenruhe und von dieser durch das Lääbhartstal zum J oder 46er Wagen zu führen. Auch müsste eine Verkehrsmöglichkeit von der Katharinenruhe zum Sommerbad Ottakring geschaffen werden. (Beifall bei der E.L.)

Vizebgn. Emmerling erklärt, dass die Linie nur in die Speckbacher Gasse geleitet werden kann, weil diese eine mittlere Fahrbahnbreite von zehn Metern hat, während zum Beispiel die Reiftenbachergasse eine bedeutend schmälere Fahrbahnbreite hat. Die Art der Linienführung wie sie vorgesehen ist, ist die einzig mögliche. (Beifall bei der Mehrheit)

Der Antrag wird angenommen und die Anträge des Gemeinderates Ujereich der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Vizebürgermeister Emmerling beantragt, die Beschaffung von 60 Trieb- und 200 Anhängewagen sowie von 100 starken Motoren und 200 Fahrschaltern zu genehmigen. Die Kosten betragen 13,600,000 Schilling.

GR. Lehninger (E.L.) erklärt, dass die neue grosse Wagentype, die nach der Berechnung der Direktion 105 Fahrgäste aufnehmen soll, nur eine Verkehrsverschlechterung bedeutet. Die Strassenbahn wird eben nach rein kapitalistischen Grundsätzen geführt und es ist der Gemeindeverwaltung egal, wie die Bevölkerung befördert wird und wie die Bedienten auf den Wagen ihren Dienst versehen müssen.

Vizebgn. Emmerling erklärt, dass die Vermehrung des Wagenparks um 260 Wagen eine bedeutende Verbesserung des Verkehrs ermöglichen wird.

Der Antrag wird angenommen.

Sodann wird der Dringlichkeitsantrag der Gemeinderäte Lehninger und Genossen verhandelt. Bei der Begründung der Dringlichkeit des Antrages erklärt Gemeinderat Lehninger, dass die Zahl der Zusammenstösse bei den elektrischen Strassenbahnen ständig zunimmt. Diese Unfälle kosten der Gemeinde Wien eine Menge Geld. Für Abfertigungen, Ausgleichs- und gerichtliche Urteile müssen grosse Summen gezahlt werden. Bei allen Zusammenstössen hört man, dass die Bremse an dem Zusammenstöss schuld gewesen ist. Ueber diese Unfälle wird weder dem Unternehmungsausschuss noch dem Gemeinderat berichtet. Im Interesse der persönlichen Sicherheit des fahrenden Publikums haben wir den Dringlichkeitsantrag eingebracht, weshalb wir auch seine Annahme voraussetzen. (Beifall b. d. E.L.)

Die Dringlichkeit wird nun beschlossen.

Direktor Spängler erklärt nun, dass er beauftragt sei, in sachlicher Beziehung über die Bremsvorrichtungen bei den städtischen Strassenbahnen Auskünfte zu geben. Die Frage der Bremsen bei den Strassenbahnen ist seit vielen Jahren Gegenstand des Studiums aller Fachleute. Ueberall kommt es vor, dass bei Strassenbahnen Unfälle eintreten, selbst wenn die besten Einrichtungen bestehen. Jede Einrichtung ist aber Zufälligkeiten ausgesetzt. Die Bremse, die bei unserer Strassenbahn verwendet wird, ist eine sich selbst dauernd kontrollierende Einrichtung. Vor vielen Jahren schon wurde die Frage der Verwendung der elektrischen Bremse oder der Druckluftbremse aufgeworfen. Wir haben überall dort, wo die elektrische Bremse nicht am Platz ist, die Druckluftbremse, so bei der Stadtbahn. Die Frage der elektrischen Bremse und der Druckluftbremse ist auch schon auf internationalen Kongressen erörtert worden und da hat man schliesslich die elektrische Bremse als die zweckmässigste für die Strassenbahnen anerkannt. Die elektrische Bremse gibt die kürzesten Bremswege, was in Gefahrenfällen von besonderer Wichtigkeit ist. Sie hat aber auch noch andere technische Vorteile, so den Vorteil ihrer Betä-

tigung mit derselben Kurbel, mit der der Fahrer fährt. Berlin hat lange Zeit die elektrische Bremse und die Druckluftbremse verwendet. Nach vielen Versuchen wurde nun die elektrische Bremse für den ganzen Betrieb eingeführt, ebenfalls ein Beweis für die Zweckmässigkeit der bei uns verwendeten Bremse. Unsere technischen Einrichtungen sind erstklassig und wir können daher bei neuen Wagen keine andere Bremse anwenden als die jetzt bestehende. In der Zeit der Nebel, der Kälte und des Schnees kommen selbstverständlich mehr Unfälle vor; dass ist aber nicht nur bei uns der Fall, sondern auf der ganzen Welt. Wir bieten mit unseren Einrichtungen der Bevölkerung das Beste, können jedoch Zufälligkeiten nicht ausschalten. Bezüglich der Wagenkontrolle, erklärt Direktor Spängler, dass alle Wagen nach kürzeren Zeiträumen in den Remisen und nach längeren Zeiträumen in der Hauptwerkstätte genauestens untersucht und überprüft werden. (Beifall bei der Mehrheit).

GR. Lehninger (E.L.) stellt fest, dass es immer Interbedürft  
pellationen habe um über die Strassenbahnunfälle Auskünfte zu erhalten. Auch heute weiss man noch nicht, was eigentlich schuld an dem grossen Unfall in der Habichergasse war (Lebhafte Hört! Hörtrufe bei der Minderheit). Gewiss sind Unfälle nicht zu vermeiden. Aber dass sich Unfälle in einer solchen Zahl im Jahre 1927 ereignet haben, muss seine Gründe haben (Lebhafte Zustimmung bei der E.L.) Die eine Ursache ist das Sparsystem in den Werkstätten, die Führung des Betriebes nach rein kapitalistischen Grundsätzen. (Lebhafte Zustimmung bei der E.L.) Das Werkstättenpersonal ist in einem solchen Masse abgebaut worden, dass die Revision nicht mit der nötigen Umsicht erfolgen kann (Hört! Hört! bei der Minderheit). Wenn die Wagen in einem solchen Zustand sind, wenn die Klötze so ausgeschliffen sind, nützen die besten elektrischen Bremsen nichts. Nicht selten kommt es vor, dass Züge mit ungeschmiertem Kollektor auslaufen (Hört! Hört! bei der Minderheit). Was sich in der letzten Zeit bei den Sandstreuvorrichtungen zugetragen hat, ist ein Skandal. Den Wagenführern war es nicht möglich Sand zu streuen, weil es an Werkstättenpersonal zur Freimachung der Röhren fehlt (Hört! Hört! bei der E.L.) Eine weitere Schuld ist die schreckliche Ueberfüllung der Züge. Es ist die höchste Zeit, dass im Interesse des fahrenden Publikums die Strassenbahnwagen ordentlich renoviert werden. Wir hoffen, dass im Interesse des fahrenden Publikums unsere Anträge angenommen werden (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Schelz (E.L.) bemerkt, dass die Züge der Stadtbahn nicht nur elektrische sondern auch Luftdruckbremsen haben. Auf der Stadtbahn können die Züge auf 2 bis 3 Meter zum Stehen gebracht werden. Die Kontrolle ist mangelhaft. Sehr oft wird das Sandstreuen unterlassen. Die Wagen, die mit der Handbremse abgebremst werden, rollen weiter, weil die Bremsklötze abgeschliffen sind. Dass die Bremsen so abgenutzt sind, daran sind Sie schuld, da Sie zu wenig Wagen einstellen. In der Budgetdebatte habe Redner schon gesagt, dass die Fahrer nicht mit der entsprechenden Aufmerksamkeit den Fahrschalter betätigen. Es wird zu rasch abgebremst. Darunter leidet natürlich das Material. Wenn man das Personal nur acht Stunden im Dienst stellen würde, würde es ganz anders arbeiten können. Die Schulung des Fahrpersonals ist eben keine entsprechende (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

Vizebgn. Emmerling stellt gegenüber dem Gemeinderat Schelz fest, dass die Stadtbahnwagen nur Luftdruckbremsen haben. Die Stadtbahnwagen werden nur deshalb mit einem Ruck zum Stehen gebracht, weil/schon auf 100 Meter aufzuhalten beginnt. Die Luftdruckbremsen haben eben einen langen, die elektrischen Bremsen einen kurzen Bremsweg. Für die rasche Abbremsung eignen sich wegen des kurzen Bremsweges nur elektrische Bremsen. Ich muss mich auch dagegen verwahren,

dass Gemeinderat Schelz unsere Fahrer als so schlecht hinstellt. (Lebhafte Rufe bei der E.L.: Nicht alle!) Gemeinderat Schelz: Ich habe von dem mangelnden Schulung des Personals gesprochen. (Wir haben 2000 Fahrer, von denen 1200 bis 1300 in Betrieb sind. Wenn einer/durch das Versagen der technischen Einrichtung ein Maleur hat, so ist das eine Ausnahme. Wir bedauern natürlich die Unfälle au-serordentlich und leiten in allen Fällen peinlichste Untersuchungen ein, schon mit Rücksicht auf die Verantwortungen die festzustellen sind.) (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.)  
Damit ist die Debatte über diesen Dringlichkeitsantrag erledigt. Der Antrag wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.  
GR. Untermüller (E.L.) begründet sodann die Dringlichkeit seines Dringlichkeitsantrages. Der Antrag ist deshalb dringlich, weil die Wahl schon in 8 Tagen stattfindet. Wenn der Antrag der normalen geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt wird, wird wahrscheinlich die nächste Funktionsperiode von 3 Jahren vergehen, ehe er verhandelt wird. (Heiterkeit bei der E.L.) Sonst hat man immer das Bestreben den Wahltag auf den Sonntag zu verlegen. Jetzt ist der Wahltag ein Werktag, allerdings im Sinne der Auserwählten der Gehilfenschaft des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft auch ein Feiertag, nämlich der Schabbes. (Lebhafte Heiterkeit bei der E.L.) Es ist auch unmöglich, 50.000 Menschen in ein einziges Lokal zusammenzupressen. Es muss vorgesorgt werden, dass das Wahlrecht ungehindert und ohne Kosten und besonderen Zeitaufwand von allen Gehilfen ausgeübt werden kann. (Lebhafte Beifall bei der E.L.)

Nach dem Antrag die Dringlichkeit einstimmig zuerkannt worden ist, erklärt Gemeinderat Untermüller er habe, da er nicht geahnt habe, dass dem Antrage die Dringlichkeit zuerkannt werden wird. (Lebhafte Heiterkeit) bereits anlässlich der Begründung der Dringlichkeit über den meritorischen Inhalt gesprochen. Er betont noch einmal, dass es eine wesentliche Erschwerung bedeutet, wenn die Wahl nur in einem Lokal und an einem Werktag stattfindet. (Lebhafte Beifall bei der E.L.)

GR. Bermann (Soz. dem.) stellt zunächst fest, dass diese Angelegenheit nicht in den Wirkungskreis des Gemeinderates fällt. Das Verlangen des Gemeinderates Untermüller, dass die Wahl dezentralisiert werden möge, ist gesetzlich unmöglich und unzulässig, da nach dem Gesetze die Wahlen in einer Gehilfenversammlung stattzufinden haben und da sie nur dann in verschiedenen Lokalen stattfinden können, wenn die Möglichkeit durch das Statut hiezu gegeben ist. Das Statut der Gehilfenschaft des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft zieht der Laie nicht vor. Seit den 80er Jahren haben die Wahlen der Gehilfenschaft immer nur in einem Lokale stattgefunden. Durch eine behördliche Kommissionierung wurde festgestellt, dass sich kein anderes Lokal in Wien für die Wahl so gut eigne wie das Konzerthaus. Im Jahre 1924 hat sich die Wahl klaglos abgewickelt, obwohl die Wählerzahl nicht wie jetzt nur 46.000 sondern 56.000 betrug und davon ungefähr 18.000 Wähler ihr Wahlrecht ausgeübt haben. (GR. Untermüller : Ja, weil es eine andere Liste nicht gegeben hat. Lebhaftes Heiterkeit und Lachen bei der Mehrheit.)  
Wir würden nun wünschen, dass sich die Herren heuer eines Besseren besinnen und in die Öffentlichkeit treten, um zu zeigen wie stark sie sind. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit.) Auch der Samstag als Wahltag hat sich sehr gut bewährt, da es der Gehilfenschaft möglich ist geschäftsweise zu wählen. Gemeinderat Bermann wendet sich schliesslich dagegen, dass eine Behörde angerufen werde, um in die Bestimmung des Wahltages des Wahllokales und der Wahlzeit einzugreifen obwohl dies die ureigene Sache des Gehilfenausschusses ist. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.)

Der Antrag wird dem Magistrat zur Behandlung zugewiesen.  
Schluss der Sitzung halb acht Uhr abends.

Wien, am Samstag, den 14. Jänner 1928

Der Feuerschutz der Stadt Wien. Im Zuge der Wiener Feuerschutzreform, die im Jahre 1922 begonnen wurde, wurde in der letzten Zeit, wie schon bekannt, die 26. Feuerwache der städtischen Berufsfeuerwehr eröffnet, wobei bei einem Probealarm die Feuerwache in nicht mehr als 22 Sekunden ausgerückt war. Diese Schlagkraft ist ein Erfolg der Feuerschutzreform. Dem Wiener Feuerschutz besorgten bis zum Jahre 1922 die städtische Berufsfeuerwehr in den inneren Bezirken und die freiwilligen Feuerwehren in den äusseren Bezirken Wiens. Die Berufsfeuerwehr rückte in das Feuerschutzgebiet der freiwilligen Feuerwehren nur dann aus, wenn ihre Hilfe von den freiwilligen Feuerwehren angefordert würde. Die städtische Berufsfeuerwehr hatte bis 1922 einen Stand von rund 1000 Mann und 80 Automobilen, bei den freiwilligen Feuerwehren versahen ungefähr 1400 ausübende Mitglieder in 46 getrennten Vereinen mit etwa 150 bespannten Fahrzeugen den Feuerlöschdienst. Der Mangel der Bespannung und die Unwirtschaftlichkeit einer Bespannung der Fahrzeuge der freiwilligen Feuerwehren aus Gemeindemitteln drängten nun zur Automobilisierung aller Feuerlöschgeräte und damit zur Reform des Wiener Feuerschutzes überhaupt. Bis 1922 waren von der Berufsfeuerwehr 93 Mann, wie Telegraphisten, Maschinisten, Kutscher usw., den freiwilligen Feuerwehren zugeteilt, wodurch der eigentliche Stand der Berufsfeuerwehr geschwächt worden war. Es galt also bei der Reform des Wiener Feuerschutzes, den Stand der Berufsfeuerwehr zu erhöhen und ihre Schlagkraft zu verstärken. Da es schwer zu verlangen war, dass die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren, deren selbstlose Dienstleistung selbstverständlich volle Anerkennung findet, einen ständigen Bereitschaftsdienst versehen, dieser aber für einen modernen, alle Feuerkatastrophen ausschliessenden Feuerschutz unentbehrlich ist, musste schliesslich die Tätigkeit der städtischen Berufsfeuerwehr auf das ganze Wiener Stadtgebiet erstreckt werden. Im Zuge der Reform des Wiener Feuerschutzes wurden nun 93 Berufsfeuerwehrmänner, die bei den freiwilligen Feuerwehren in Dienst standen, nach deren Auflösung frei und konnten dem Stande der Berufsfeuerwehr eingereiht werden. Der Dienst der Maschinisten und Heizer bei der Berufsfeuerwehr wurde infolge der Ausserdienststellung der Dampfspritzen und der Vereinfachung in der Bedienung der grossen Maschinenleitern von Feuerwehrmännern übernommen, wodurch ebenfalls 69 Feuerwehrmänner für andere Dienste zur Verfügung standen. Die vollständige Auflassung der Pferdebespannung ermöglichte auch die Auflassung des Kutscherstandes. Dadurch konnten wieder 78 Feuerwehrmänner für die Besetzung neuer Wachen verwendet werden. Die Auflassung der freiwilligen Feuerwehren und die Vereinfachung des Telegraphendienstes setzte den Stand der Telegraphisten von 100 auf 58 herab, wodurch ebenfalls 42 Feuerwehrmänner für andere Dienste frei wurden. Schliesslich wurde noch durch verschiedene andere Reformen eine grössere Zahl von Feuerwehrmännern für den Feuerlöschdienst frei, so dass <sup>insgesamt</sup> 444 Feuerwehrmänner für den Feuerlöschdienst neugewonnen wurden.

Der Wiener Feuerschutz hat durch die Reform eine bedeutende Verbesserung erfahren, die noch dahin ausgedehnt werden wird, dass das Kabelnetz vollständig und das Feuermaldenetz teilweise erneuert wird, dass 14 neue automobile Fahrzeuge angeschafft werden, wodurch der Welt Ruf der Wiener Feuerwehr nicht nur erhalten, sondern noch erhöht werden wird.

Die Entwicklung des städtischen Jugendamtes. Das Jugendamt der Stadt Wien mit seinen 14 Bezirksstellen hat in den letzten Jahren eine sprunghafte Entwicklung aufzuweisen. Es stieg die Zahl der Amtsmündel von 13.446 im Jahre 1925 auf 20.621 im Jahre 1927, in derselben Zeit erhöhte sich die Zahl der Mutterberatungsstellen von 13 auf 35, die Zahl der Kindergärten von 58 auf 90, die Zahl der Horte von 24 auf 35. Auf allen Gebieten der Jugendfürsorge lässt sich diese gesteigerte Inanspruchnahme der damit befassten städtischen Ämter feststellen. Naturgemäss wachsen damit auch die an das Personal gestellten Anforderungen. Um die Belastung der einzelnen Jugendämter einigermaßen gleichmässig zu verteilen, hat es sich als notwendig erwiesen, eine Neueinteilung der den Jugendfürsorgerinnen zugewiesenen Sprengel durchzuführen, was zur Folge hatte, dass eine Reihe von Fürsorgerinnen des Aussendienstes ihren bisherigen Wirkungskreis verlassen mussten, um in anderen Bezirksjugendämtern einen neuen Sprengel zu übernehmen. Da sich eine Jugendfürsorgerin naturgemäss nur allmählich in die persönlichen und sozialen Verhältnisse ihrer Schützlinge einleben und auf diese Weise das notwendige Vertrauen der Bevölkerung gewinnen kann, hat das Jugendamt lange gezögert, die erwähnten Massnahmen durchzuführen, und die neuen Dienstzuweisungen angeordnet, als dies die unbedingte Notwendigkeit erheischte.

Entfallende Sprechstunde. Montag entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde beim amtsführenden Stadtrat für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten Linder.

Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche tritt Dienstag, den 17. Jänner, um zehn Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat zusammen. Der Wiener Gemeinderat hält am Freitag, den 20. Jänner 1928 um fünf Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Spenden für wohltätige Zwecke. Zu Weihnachten hat Ingenieur Hans Adler, Mitinhaber der Firma Erste Oesterreichische Emailgeschirrfabriken Josef Hölzl, für 380 Arme der Brigittenau Lebensmittelpakete und Kohle gespendet. Sägewerksbesitzer Johann Kuryvial hat ebenfalls zu Weihnachten Holz und Kohle für 49 Arme der Brigittenau gespendet. Der unter dem Decknamen "Wilhelm" wirkende Wohltäter hat für arme Schüler der Knaben-Volksschule in Favoriten, Quellenstrasse 54, 30 Paar Schuhe und 84 Paar Strümpfe gespendet. Der Bürgermeister hat in der letzten Gemeinderatsitzung den Spendern den Dank ausgesprochen.

Sitzungen von Bezirksvertretungen. Die Bezirksvertretung Fünfhaus tritt am 19. Jänner 1928 um achtzehn Uhr abends im Sitzungssaal des Amtshauses zu einer öffentlichen Sitzung zusammen. Gleichfalls am 19. Jänner um achtzehn Uhr hält die Bezirksvertretung Neubau eine öffentliche Sitzung ab. Die Bezirksvertretung Wieden tritt am 24. Jänner um halb 17 Uhr im Sitzungssaal des Gemeindehauses zu einer öffentlichen Sitzung zusammen.

Sühneverhandlungen bei der Bezirksvertretung Neubau. Die Sühneverhandlungen beim Gemeindevermittlungsamt Neubau finden am 1., 8., 15., 22. und 29. Februar 1928 um halb elf Uhr vormittags im Büro des Bezirksvorstehers statt.

Wien, am Montag, den 16. Jänner 1928

-----

Senatsrat Dr. Adolf Faber gestorben. Am Sonntag abends verschied der Leiter der Magistratsabteilung 53 Senatsrat Dr. Adolf Faber. Der Verstorbene galt als einer der besten Kenner des Gewerberechtes und leitete seit vielen Jahren das Gewerbereferat bei der Gemeinde Wien. Er hat auf diesem Gebiet einige bemerkenswerte Werke veröffentlicht. Ihm oblag der Verkehr mit den Wiener Genossenschaften, eine Aufgabe, die er dank seines konziliananten Wesens trotz aller Schwierigkeiten glänzend löste. Mit unermüdlichem Fleiss betreute er sein umfangreiches Ressort und die Wiener Stadtverwaltung erleidet durch den Tod dieses kenntnisreichen und pflichttreuen Beamten einen schweren Verlust. Sein liebenswürdiges Wesen, sein lauterer Charakter und seine stete Hilfsbereitschaft sicherten ihm in allen Kreisen, mit denen ihm sein Amt und seine Funktionen in Verbindung brachten, eine grosse Zahl von Freunden. Senatsrat Dr. Faber betätigte sich auch auf politischem Gebiet. Er gründete im Jahre 1920 die Vereinigung der sozialdemokratischen Angestellten und Bediensteten der Gemeinde Wien, deren Obmann er seit der Gründung war. Die Vereinigung ersucht, einem Wunsche des Verstorbenen entsprechend, von Kranzspenden abzusehen und den hiefür entfallenden Betrag an das Sekretariat der Vereinigung I., Schottengasse 7 als Beitrag für einen Grabdenkmalfonds zu übermitteln. Senatsrat Dr. Faber, der im 54. Lebensjahre stand, laborierte seit mehr als 3 Monaten an einer hartnäckigen Herzerkrankung. Ein Gehirnschlag raffte den unermüdlichen Menschen, der noch am Krankenlager an einem Werk über das Dienstrecht der Gemeindeangestellten arbeitete, hinweg. Der Verstorbene hinterlässt eine Witwe und zwei Kinder. Die Einäscherung findet am Mittwoch um fünf Uhr nachmittags statt.

-----

Jubilare der Ehe. Vorige Woche überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Linder dem Ehepaar Karl und Karoline Karlovic anlässlich der goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

-----

Bezirksvertretung Ottakring. Die Bezirksvertretung Ottakring tritt am Freitag, den 20. Jänner 1928, um 18 Uhr abends zu einer öffentlichen Sitzung zusammen.

-----

Nacheichung von Massen und Gewichten. Ab Februar werden in den Gewerbebetrieben mass- und gewichtspolizeiliche Revisionen durchgeführt. Es sind deshalb, um Beanstandungen vorzubeugen, alle Längensmasse, Hohlmasse für trockene Gegenstände, metallene Flüssigkeitsmasse und Transportgefässe für Milch, Brennholzmasse, dann alle eichpflichtigen Weinfässer, die als erste Eichung oder als letzte Nacheichung den Eichstempel des Jahres 1924 oder eines vorangegangenen Jahres aufweisen, sofort nacheichen zu lassen. Weiters auch alle Gewichte und Wagen, hölzerne Flüssigkeitsmasse, Milchgefässe mit Messstab, Maischbottiche und Biertransportfässer, die als <sup>Nach-</sup>weis der ersten Eichung oder der letzten Eichung den Eichstempel des Jahres 1925 oder eines vorangegangenen Jahres tragen. Ferner Messapparate für Petroleum und für andere einer starken Verflüchtung unterliegende Flüssigkeiten, die je nach ihrer Konstruktionsart vor Ablauf von je drei oder fünf Jahren nacheichpflichtig sind.

-----

Wien, am Montag, den 16. Jänner 1928 (Zweite Ausgabe)

Die Wiener Waisenkinder im Apollotheater. Auf Weisung des Bürgermeisters werden bekanntlich die Zöglinge der Wiener Waisenhäuser öfter zu Märchenvorstellungen in Wiener Theater geführt, was bei den Kindern immer hellen Jubel auslöst. Im vergangenen Jahr haben solche Vorstellungen in der Volksoper, im Carltheater und in der Staatsoper stattgefunden. In der Staatsoper wurde die Vorstellung gemeinsam mit den Schulkindern abgehalten. Die Waisenkinder waren auch schon im Zirkus Beketow. Die städtischen Waisenkinder und die Kinder der Jugendhorte werden nun am Mittwoch nachmittag auch Gäste der beliebten Singer Midgets im Apollotheater sein. Diese Zwergengruppe hat kürzlich bei Bürgermeister Seitz vorgesprochen und ihm den Wunsch unterbreitet, für die Waisenkinder eine Sondervorstellung zu veranstalten. Der Bürgermeister hat zugestimmt und es werden an dieser Sondervorstellung 790 Waisenkinder und 500 Zöglinge der städtischen Jugendhorte teilnehmen. Die Kinder werden unter Führung der Aufsichtspersonen in das Theater mit Sonderwagen der Strassenbahn geleitet. Nach der Vorstellung erhalten die Waisenkinder in ihren Heimen auf Weisung des Bürgermeisters eine schöne Tasche mit verschiedenem Backwerk.

( Falls die geehrte Redaktion zu dieser Veranstaltung, an der Bürgermeister Seitz, Stadtrat Professor Dr. Julius Tandler und einige amtsführende Stadträte teilnehmen werden, einen Berichtersteller entsenden will, wird um Mitteilung gebeten. Karten werden dann sofort übermittelt.)

Uebersiedlung des Büros des Invalideneinstellungsausschusses für das Bundesland Wien und der Arbeitsvermittlung für Kriegsbeschädigte. Das bei der Magistratsabteilung 11 (Invalidenfürsorge) bestehende Büro des Invalideneinstellungsausschusses für das Bundesland Wien und die dazu gehörige Arbeitsvermittlung für Kriegsbeschädigte war bisher im Invalidenamt, VIII., Josefstädterstrasse 39, untergebracht. Das Büro übersiedelt nun nach Meidling, Niederhofstrasse 41 und nimmt dort am Donnerstag den 19. Jänner 1928, seine Amtstätigkeit wieder auf.

Wien amüsiert sich. Es liegen nunmehr die Daten über die Sylvesterveranstaltungen vor. Nicht weniger als 1105 Festlichkeiten haben als Abschied vom alten Jahr und zur Begrüssung des neuen Jahres stattgefunden. Auch die Anmeldungen von Faschingsveranstaltungen sind äusserst zahlreich und halten sich auf der vollen Höhe des Vorjahres.

Verkehrsregelung in der Sterngasse, Seitenstettengasse und Judengasse. Nach einer Kundmachung des Wiener Magistrates <sup>werden</sup> der zwischen der Marc Aurelstrasse und der Judengasse gelegene Teil der Sterngasse, die Seitenstettengasse und der zwischen dem Fleischmarkt und dem Hohen Markt gelegene Teil der Judengasse als Einbahnstrassen erklärt. Die Sterngasse darf zwischen der Marc Aurelstrasse und der Judengasse nur in der Richtung von der Marc Aurelstrasse zur Judengasse, die Seitenstettengasse nur in der Richtung von der Judengasse zum Rabensteig und die Judengasse zwischen dem Fleischmarkt und dem Hohen Markt nur in der Richtung zum Hohen Markt befahren werden.

Bezirksvertretung Alsergrund. Die Bezirksvertretung Alsergrund tritt am Mittwoch, den 25. Jänner 1928, um 17 Uhr zu einer öffentlichen Sitzung zusammen. In der Sitzung wird die Neuwahl von zwölf Mitgliedern und von zwölf Ersatzmitgliedern in den Ortschaftsrat für den IX. Bezirk vorgenommen.

Statistische Mitteilungen der Stadt Wien. Soeben sind das siebente bis neunte Monatsheft des Jahrganges 1927 der Statistischen Mitteilungen der Stadt Wien erschienen, die von der Magistratsabteilung für Statistik herausgegeben werden. Mit ihnen zusammen sind auch zwei einmalige Nachweisungen erschienen, von denen die eine eine grosse Zahl von Statistiken über die Sterbefälle im Jahre 1926 enthält.

Gemeinderat Schleifer genesen. Der sozialdemokratische Gemeinderat Friedrich Schleifer, der seit einigen Monaten an einem hartnäckigen Augenleiden laborierte und im Spital der Stadt Wien einige Operationen zu bestehen hatte, ist nun vollständig genesen. Er hat seine Tätigkeit wieder aufgenommen.

Kunstprieze der Stadt Wien. Der Wiener Gemeinderat hat ebenso wie in den vorhergehenden Jahren auch für 1928 je einen Kunstpreis von dreitausend Schilling für hervorragende Werke der Dichtkunst, der Musik und der bildenden Kunst (Malerei, Bildhauerei und Architektur) gewidmet. Die Kunstpreise werden nach den Vorschlägen des Preisrichterkollegiums und den Beschlüssen des Stadtsenates am 1. Mai 1928 verteilt. Die Bewerbung steht allen in Wien lebenden und wirkenden Künstlern offen. In der bis längstens 29. Februar an die Direktion der städtischen Sammlungen I., Neues Rathaus, zu richtenden schriftlichen Eingabe, die mit vollem Namen und Adresse zu versehen ist, muss angegeben werden, für welches Kunstgebiet und auf Grund welchen Werkes die Bewerbung erfolgt. Bei Bewerbungen für mehrere Kunstgebiete ist für jedes derselben eine gesonderte Eingabe erforderlich. Die angemeldeten Kunstwerke sind ebenfalls bis 29. Februar bei den städtischen Sammlungen einzureichen. Bei Werken der bildenden Kunst kann eine Besichtigung im Atelier oder in einer während der Tagung des für dieses Kunstgebiet bestimmten Preisgerichtes in der Zeit vom 1. März bis 30. April 1928 offenen Ausstellung nur in Ausnahmefällen nach vorher eingeholter schriftlicher Zustimmung der Direktion der städtischen Sammlungen stattfinden. Die Hinterlegung der angemeldeten Kunstwerke erfolgt auf Gefahr und Kosten des Bewerbers. Den nicht mit Preisen bedachten Bewerbern stehen aus dem Titel der Preisbewerbung keinerlei wie immer geartete Ansprüche an die Gemeinde Wien zu. Die Ausfolgung der zur Bewerbung um einen der Kunstpreise der Stadt Wien eingereichten Werke erfolgt nur vom 15. Mai bis 30. Juni an Wochentagen von 8 bis 13 Uhr in der Kanzlei der städtischen Sammlungen, I., Neues Rathaus Stiege 4, I. Stock. Für Werke, die bis zum 30. Juni nicht behoben wurden, erlischt die Rückgabepflicht der Gemeinde. Durch die Beteiligung an dem Preiswettbewerb unterwirft sich der Bewerber den Bedingungen des Wettbewerbes.

\*\*\*\*\*  
\*\*\*\*\*  
\*\*\*\*

Wien, am Dienstag, den 17. Jänner 1928

Die Leichenfeier für Senatsrat Dr. Faber. Die Einäscherung der sterblichen Ueberreste des Senatsrates Dr. Faber erfolgt morgen Mittwoch im Krematorium der Stadt Wien. Die Leichenfeier beginnt um ein Viertel sechs Uhr nachmittags auf dem Platze vor dem Krematorium. Die dienstfreien Arbeiter und Angestellten beteiligen sich an der Leichenfeier. Im Sinne des Verstorbenen möge von Kranzspenden Abstand genommen werden und sind eventuelle Beträge dem Fonds zur Errichtung eines Grabdenkmals an die Vereinigung der sozialdemokratischen Angestellten und Bediensteten der Stadt Wien, I., Schottengasse 7 zu überweisen.

Seltene Uhren im städtischen Uhrenmuseum. Nach einem Bericht des Stadtrates Linder hat der Gemeinderatsausschuss für Finanzwesen den Ankauf von drei alten verschiedenartigen japanischen Uhren und einer holländische Standuhr für das Uhrenmuseum der Stadt Wien beschlossen. Die Kosten betragen 5500 Schilling. Jede der angekauften Uhren besitzt einen grossen Seltenheitswert. Durch ihren Ankauf wird das Uhrenmuseum der Stadt Wien bedeutend bereichert.

Subventionierung des Touristenvereines "Die Naturfreunde". Nach einem Bericht des Gemeinderates Hiess hat der Gemeinderatsausschuss für Finanzwesen die Subventionierung des Touristenvereines "Die Naturfreunde" mit zwölftausend Schilling für das Jahr 1928 beschlossen. Die Naturfreunde haben im Vorjahr bedeutende Summen für den Neubau von Schutzhütten und für Adaptierungsarbeiten verwendet. Ueber 150.000 Schilling wurden ausgegeben, um den erholungsbedürftigen und wanderlustigen Grosstädtern Stützpunkte für Bergfahrten und Urlaubsaufenthalte zu verschaffen. Der Mitgliederstand der Naturfreunde steigt ununterbrochen. Die Ortsgruppe Wien der Naturfreunde zählt gegenwärtig ungefähr 50.000 Mitglieder.

Subventionen der Gemeinde Wien. Nach einem Bericht des Gemeinderates Hiess bewilligte der städtische Finanzausschuss dem österreichischen Flugtechnischen Verein, der schon viele Jahre auf dem Gebiete der Flugtechnik und der Flugforschung arbeitet, eine Subvention von tausend Schilling und für die Errichtung eines Grabdenkmals für C. M. Ziehrer eine Subvention von fünfhundert Schilling. Der Komponist und Kapellmeister C. M. Ziehrer ist am 14. November 1922 gestorben. Nun soll für ihn ein Grabdenkmal geschaffen werden, das akademischer Bildhauer Richard Ruepp in Laaser Marmor ausführt.

Förderung der Schubertfeier durch die Gemeinde Wien. Am 19. November dieses Jahres jährt sich zum hundertsten Mal der Sterbetag Franz Schuberts. Aus diesem Anlass werden im laufenden Jahr grosszügige musikalische Darbietungen zur Ehrung des grössten Wiener volkstümlichen Komponisten abgehalten, die von der Fremdenverkehrskommission durchgeführt werden. Zur Vorbereitung der geplanten Veranstaltungen hat nun der städtische Finanzausschuss nach einem Bericht des Gemeinderates Thaller der Fremdenverkehrskommission den Betrag von vierzigtausend Schilling gegen nachträgliche Verrechnung zur Verfügung gestellt.

Wien, am Mittwoch, den 18. Jänner 1928

.....

Ein Alfred Forscheritschpark in Rudolfshelm. Nach einem Bericht des Gemeinderates Hellmann hat der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung den Kaiser Franz-Josef-Jubiläums Kinderspielplatz in Rudolfshelm nach Alfred Forscheritsch umbenannt. Die Erläuterungstafel wird folgenden Text haben: Alfred Forscheritsch, 1871 bis 1917. Schriftsteller, Vertreter des Wiener Lokalhumors.

.....

Bezirksvertretung Hietzing. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing wird am Samstag, den 28. Jänner, um 16 Uhr nachmittags abgehalten.

.....

Ein Südtirolerplatz in Wien. Die Bezirksvertretung Wieden hat einstimmig beschlossen, die Wiener Stadtverwaltung zu ersuchen, den Favoritenplatz auf der Wieden zur bleibenden Erinnerung an die <sup>Leiden</sup> der Deutschen in Südtirol in Südtirolerplatz umzubenennen. Darüber berichtete nun Gemeinderat Hellmann im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung. Dieser beschloss, dem Wunsche der Bezirksvertretung Wieden zu entsprechen. Der Favoritenplatz auf der Wieden wird nun künftig Südtirolerplatz heissen.

.....

Ein fröhlicher Nachmittag der Wiener Waisenkinder im Apollotheater. Heute nachmittag waren die städtischen Waisenkinder und die Kinder der Jugendhorte Gäste der beliebten Singer Midgets im Apollotheater. Die Kinder folgten mit hellem Entzücken den ausgezeichneten Darbietungen, die ihnen von einer erlesenen Künstlerschar geboten wurden. Insbesondere die Vorführungen der Singer Midgets ernteten jubelnden Beifall. Der Veranstaltung wohnten auch Bürgermeister Seitz und Frau, Stadtrat Professor Dr. Tandler, Obersenatsrat Hofer, Magistratsrat Dr. Schramm und für die Lehrlingsfürsorgeaktion Direktor Marianek bei.

.....

Trauerfeier für Senatsrat Dr. Faber. Heute nachmittag wurden die sterblichen Ueberreste des am Sonntag gestorbenen Senatsrates Dr. Faber im Krematorium der Stadt Wien den Flammen übergeben. Der Sarg wurde auf die grosse Freitreppe vor dem Krematorium gebracht. Dort hatten sich zahlreiche städtische Angestellte, Bürgermeister Seitz, Vizebürgermeister Emmerling, alle amtsführenden Stadträte, viele Gemeinderäte, Magistratsdirektor Dr. Hartl mit den leitenden Beamten des städtischen Dienstes, viele Abordnungen der einzelnen Gruppen der städtischen Arbeiter und Angestellten und zahlreiche Freunde des Verblichenen versammelt. Namens des Verbandes der städtischen Angestellten rühmte Vizepräsident Gemeinderat Reder den lautereren Charakter und die aufopfernde Persönlichkeit des Dahingeschiedenen. Für den Reichsverband der Gemeindeangestellten hielt Präsident Hrasko dem Toten einen ehrenden Nachruf. Namens der Magistratsjuristen sprach Magistratsrat Dr. Just. Für den sozialdemokratischen Parteivorstand nahm Nationalrat Sever von dem Toten in bewegten Worten Abschied. Amtsführender Stadtrat Speiser hob namens der Stadtverwaltung die grossen Verdienste und das nimmermüde vorbildliche Schaffen Dr. Fabers hervor.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

16

Wien, am Donnerstag, den 19. Jänner 1928

-----  
Wiener Landtag. Der Wiener Landtag wurde für morgen, Freitag, um 16<sup>h</sup>45 Uhr einberufen. Auf der Tagesordnung steht die Gesetzesvorlage über die Aenderung der Immobiliargebühren. Berichterstatter ist Stadtrat Breitner. Nach der Sitzung des Wiener Landtages tagt anschliessend der Wiener Gemeinderat.

-----  
Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Im Zuge der Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten die Einführung der elektrischen Strassenbeleuchtung in der Leopoldstadt in der Volkertgasse, auf dem Volkertplatz, in der Südportalstrasse und in der Fugbachgasse von der Volkertgasse bis zur Nordbahnstrasse, in Margareten in der Spengergasse und in der Hollgasse, in Simmering in der Lorystrasse und in der Krausegasse von der Simmeringer Hauptstrasse bis zur Dorfgasse und schliesslich in Floridsdorf in der Steägenteschgasse, auf dem <sup>Haideweg</sup>, An der Schanze, in der Priesnitzgasse und in dem Verbindungsweg von der <sup>Pries-</sup>nitzgasse zur Franklinstrasse beschlossen. Die Kosten betragen insgesamt 46.600 Schilling.

-----  
Ausgestaltung der städtischen Sommerbäder Hohe Warte und Kongressplatz. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat eine bedeutende Ausgestaltung der Schwimm-, Sonnen- und Luftbäder Hohe Warte und Kongressplatz beschlossen. Im Schwimm-, Sonnen- und Luftbad Kongressplatz, das gegenwärtig an Umkleidegelegenheiten 160 Kabinen und 600 Kleiderkästchen aufweist, werden noch 400 Kleiderkästchen geschaffen. Die Badewasserreinigungsanlage wird auf eine grössere Leistungsfähigkeit erweitert, die Zahl der Turngeräte wird erhöht und die Grünanlagen des Bades werden gärtnerisch ausgeschmückt. Im Schwimm-, Sonnen- und Luftbad Hohe Warte werden 175 neue Kleiderkästchen aufgestellt werden. Das Bad wird dann über 867 Umkleidestellen verfügen. Für die kleinere Jugend wird ein eigenes Kinderbecken errichtet, das fünf Meter lang, vier Meter breit und vierzig bis sechzig Zentimeter tief sein wird. Die Kosten der Ausgestaltung der beiden Bäder betragen 124.000 Schilling.

-----  
Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten. Die Bezirksvertretung Favoriten hält am Freitag, den 27. Jänner 1928, 16 Uhr <sup>um</sup> eine Plenarsitzung ab.

\*\*\*\*\*  
\*\*\*\*\*  
#

Wien, am Freitag, den 20. Jänner 1928

## W I E N E R G E M E I N D E R A T

als

## L A N D T A G

Sitzung vom 20. Jänner 1928.

Präsident Dr. Danneberg eröffnet um 3/4 5 Uhr die Sitzung.

Stadtrat Breitner berichtet über die Gesetzesvorlage betreffend die Einhebung eines Zuschlages zu den Immobiliargebühren. Der Wiener Landtag hat am 22. Dezember 1927 einen Gesetzentwurf beschlossen und in der Annahme, dass das Bundesgesetz über die Vermögensübertragungsgebühren frühestens am 1. Jänner 1928 publiziert wird, auch das Wiener Gesetz von diesem Tag an wirksam werden lassen. Gegen alle Voraussicht wurde das Bundesgesetz bereits am 24. Dezember 1927 verlautbart und ist am 25. Dezember in Kraft getreten. Aus der Verschiedenheit des Wirksamkeitsbeginns des Bundesgesetzes und des Wiener Landesgesetzes ergibt sich nun vor allem eine gewisse Rechtsunsicherheit, da innerhalb eines Zeitraumes von weniger als zehn Tagen für entgeltliche Uebertragungen von Immobilien dreierlei Gebührenbemessungen angewendet werden müssten. Weiters ergibt sich daraus, dass bei Uebertragungen von Realitäten durch entgeltliche Rechtsgeschäfte unter Lebenden, falls sie zufälligerweise in die Zeit vom 25. bis 31. Dezember 1927 fallen würden, eine weder vom Gesetzgeber gewollte, noch im Sinne der Regierungserklärung vom 17. Dezember 1927 beabsichtigte Gebührenerleichterung gegeben wäre. Es ist deshalb zweckmässig, sowohl das Bundesgesetz wie auch das Wiener Landesgesetz mit dem gleichen Tag in Wirksamkeit treten zu lassen.

Der Referent beantragt, eine Aenderung des am 22. Dezember 1927 beschlossenen Gesetzes in der Art vorzunehmen, dass es gleichzeitig mit dem Bundesgesetz in Kraft tritt.

Die Gesetzesänderung wird in beiden Lesungen ohne Debatte angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt und Präsident Dr. Danneberg schliesst die Sitzung.

## W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 20. Jänner 1928

Bürgermeister Seitz eröffnet um fünf Uhr die Sitzung.

Zunächst wird eine Reihe von Anträgen, die Nachtragskredite für die Ausgestaltung der Gleisanlage in der Stadtbahnstation Meidling Hauptstrasse für die Herstellung von Bahnkörperentwässerungen auf der Stadtbahn, für die Ausgestaltung des Stellwerkbezirktes Meidling Hauptstrasse der Stadtbahn und für die umfangreichere Mittagsauspeisung in den Kindergärten, die Subvention des österreichischen Flugtechnischen Vereines mit tausend Schilling und die Subvention von fünfhundert Schilling für die Errichtung eines Grabdenkmales für C.M. Ziehrer sowie den Ankauf mehrerer Liegenschaften betreffen, ohne Debatte angenommen.

StR. Richter beantragt die Genehmigung eines Zuschusskredittes von 200.000 Schilling und eines zweiten Zuschusskredittes von 500.000 Schilling zur Deckung des Mehraufwandes an Schneearbeiterlöhnen.

GR. Stöger (E.L.) erklärt, dass die Schneesäuberung kläglich versagt habe. Es wurden viel zu wenig Arbeitslose eingestellt und auch die Arbeitslöhne der Schneearbeiter waren viel zu niedrig. Es ist eine

nackte Ausbeutung, dass die Gemeinde den Arbeitslosen einen Stundenlohn von siebzig Groschen zahlt. Trotz dieser unhumanen Verwendung der Steuergelder ist Wien bei den letzten Schneefällen in einem Meer von Kot versunken. (Beifall bei der Einheitsliste).

GR. Uebelhör (E.L.) bemängelt nach einem Hinweis auf die ungenügende Entlohnung der Schneearbeiter, dass die Schneesäuberung planlos vor sich gegangen ist. Zumindest die wichtigen Verkehrsstrassen hätten in entsprechend rascher Zeit gesäubert werden müssen. (Beifall bei der Einheitsliste).

GR. Preyer (E.L.) bezeichnet die Art der Schneesäuberung als vollständig verlüdert. In den Strassen ist man wie auf einem Gletscher gegangen und im Arkadenhof im Rathaus ist noch bis vor zwei Tagen der Schnee gelegen. Die Strassenübergänge waren sehr mangelhaft bestreut, <sup>was</sup> eine eminente Gefahr für die Fussgänger war. Ein Skandal ist die Entlohnung der Schneearbeiter. Wir verlangen eine bessere Strassenpflege, wie sie für eine Grosstadt notwendig ist, wir verlangen, dass eine grössere Zahl von Arbeitslosen bei der Strassenpflege eingestellt und dass sie auch menschenwürdig behandelt werden. (Beifall bei der Einheitsliste).

In seinem Schlusswort erklärt Stadtrat Richter, dass es eine alte Erfahrung ist, dass solche Wetterkatastrophen gewisse Schwierigkeiten schaffen. Das war auch schon vor zwanzig Jahren der Fall. Der Vorwurf, dass die Schneearbeiter schlecht entlohnt werden, ist nicht am Platze. Unter der christlichsozialen Rathauherrschaft erhielten die Schneearbeiter einen Stundenlohn von 28 Groschen, wir aber zahlen ihnen das Dreifache. Die Schneesäuberungsarbeiten haben insgesamt mehr als eine Million Schilling gekostet. (Beifall bei der Mehrheit).

Der Antrag wird angenommen.

GR. Lötsch referiert über den Ankauf der Realität VI., Corneliusgasse 1 vom Verband der Schneider und Schneiderinnen.

GR. Körber (E.L.) bemerkt, durch den Ankauf komme man einer parteipolitischen Organisation zu Hilfe. Er fragt, was die Gemeinde mit dem Grund zu tun gedenkt.

GR. Lötsch erwidert darauf, dass er für ein Depot für Strassenreinigung benötigt werde.

Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Stubianek (soz. dem.) berichtet über einen Zuschusskredit in der Höhe von 1400 Schilling für Zwecke der Ausrüstung der städtischen Feuerwehr.

GR. Stöger (E.L.) bemerkt, dass die Minorität allem was der Ausgestaltung der Feuerwehr diene immer zustimme und daher gegen den Kredit nichts einzuwenden habe. Er verlangt die Anschaffung von Sprühhelmen für die Feuerwehr nach Berliner Muster.

Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Reisinger (soz. dem.) referiert über die Genehmigung eines im Wirtschaftsplan vorgesehenen und aus dem Erlöse der Dreissigmillionen Dollaranleihe zu genehmigenden Sachkrediten von 940.000 Schilling für die Erweiterung der Gebläseanlage im Gaswerk Simmering.

GR. Stöger (E.L.) bringt bei diesem Anlass einen Vorfall zur Sprache, der sich vor einigen Tagen in dem Hause IV., Neugasse 36 zugetragen hat. Dort musste, weil intensiver Gasgeruch verspürt wurde, das Pflaster aufgerissen werden um die Rohrbruchstellen festzustellen. Den Parteien des Hauses wurde gesagt, sie müssten sofort 150 Schillinge aufbringen, sonst könne das Gebrechen nicht behoben werden (Hört! Hört! bei der Minderheit). Der von den Parteien aufgebrauchte Betrag von 50 Schilling wurde zu niedrig befunden, das Gas abgesperrt und die aufgerissene Stelle zugeschüttet (Hört! Hört! bei der Minderheit). Am nächs-

Zweiter Bogen.

ten Tage erschien ein Abgesandter der Gemeinde und erklärte es müssen sofort zwischen 8 und 9 Uhr früh 150 Schilling erlegt werden, sonst bleibe das Gas so lange abgesperrt und werde das Gebrechen solange nicht behoben, solange der Betrag nicht hinterlegt sei. Tatsächlich war das Gas von Montag bis Mittwoch mittags abgesperrt (Hört! Hört! bei der Minderheit). Gegen dieses brutale Vorgehen muss schärfstens protestiert werden. Es handelt sich hier um nichts anderes als um eine Erpressung. Gemeinderat Stöger ersucht den Referenten, <sup>dafür zu sorgen,</sup> dass künftig ein solcher Missbrauch unterbleibt (Lebhafte Beifall bei der Minderheit).

GR. Reisinger bemerkt hiezu, dass nach Mitteilungen der Gasdirektion nirgends die Nachschau von Gebrechen unterbleibt, wenn der dazu notwendige Geldbetrag nicht erlegt wird. Es kommt aber nie vor, dass zuerst das Geld verlangt und dann erst nachgesehen wird. Die betreffende Partie hat vor dem Hause Neugasse 26 die ganze Nacht vom Montag auf Dienstag gearbeitet und erst am Mittwoch konnte das Gas benützlich gemacht werden. Während dieser Zeit musste es natürlich abgesperrt werden. Der Hausvertrauensmann hat sich bei der Direktion bedankt, dass das Gebrechen so rasch behoben worden ist (Beifall bei der Mehrheit).

GR. Stöger (E. L.) stellt gegenüber dem Referenten in einer tatsächlichen Berichtigung fest, dass am Dienstag ein Abgesandter des Gaswerkes im Hause erschienen sei und erklärt habe, das Gas bleibe abgesperrt und der Schaden werde nicht behoben, wenn nicht binnen einer Stunde 150 Schilling erlegt werden. Er habe sich selbst an Ort und Stelle von der Richtigkeit dieser Behauptung überzeugt. Der

Der Referentenantrag wird angenommen. (Lebhafte Zwischenrufe bei der Minderheit).

GR. Angermeyer: Was ist also Herr Referent?

GR. Uebelhör: Ist das die ganze Aufklärung?

GR. Dr. Kolassa: Das Schweigen des Referenten bedeutet, dass Gemeinderat Stöger recht hat.

STR. Speiser berichtet über einen Zuschusskredit von 75.195 Schilling für "Remunerationen an verschiedenen Anlässen".

GR. Gschladt (E. L.), bemerkt, die Gemeindeverwaltung habe früher in einer sehr eigentümlichen Weise mit den Remunerationen gewirtschaftet. Zu gewissen Zeiten ist ein förmlicher Remunerationen- und Auszeichnungsregen auf die Angestellten niedergegangen. Seither hat man die Massenremunerationen und Auszeichnungen etwas <sup>schränkt</sup>. Es ist aber auffällig, dass Remunerationen in gewissen Fällen in geheimnisvoller Weise verteilt werden. Den Leuten werden Listen vorgelegt, die bis auf die Rubrik in der der Name des betreffenden steht, verdeckt sind oder es wird ihnen das Ehrenwort abgenommen, dass sie von der Remuneration und von ihrer Höhe nicht sprechen. Eine solche Geheimiskrämerei legt die Vermutung nahe, dass da nicht alles mit rechten Dingen zugeht. Durch diese ungeschickte Art schafft man nur den Nährstoff zur Verdrossenheit und Verstimmung unter den Beamten. Unter den städtischen Beamten sind auch schon Anzeichen einer Erregung bemerkbar.

Durch solche Vorgänge wird keine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen. (Lebhafte Beifall bei der Minderheit).

STR. Speiser wendet sich gegen die Behauptung, dass bei der Verteilung der Remunerationen irgendwelche Geheimnisse gele-

Wenn die Remunerationen von den Amtsvorständen den Angestellten überreicht werden, so sei das nur eine honette Form die <sup>es</sup> ermöglicht ihnen den Beamten nicht nur Geld zu geben, sondern ihm auch bei dieser Ge-

legenheit für die Arbeit zu danken. Klagen gibt es bei Remunerationen und Beförderungen natürlich immer. Dass eine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen wird wäre sehr gut aber die Art der Kritik der Opposition im Gemeinderat trägt nicht dazu bei, eine solche Atmosphäre zu schaffen. Von Dienstverdrossenheit ist bei der städtischen Angestelltenschaft nichts zu merken. Vielmehr leistet die städtische Angestelltenschaft in immer verstärkter Masse eine Arbeit, für die man ihr im Namen der Gemeinde nur danken muss. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit).

Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Stein referiert über die Genehmigung eines im Investitionswirtschaftsplan vorgesehenen und aus dem Erlös der Dollaranleihe von 170.000 Schilling zu bedeckenden Sachkredit für die Erneuerung von Oberleitungsanlagen der städtischen Strassenbahnwagen.

GR. Scholz (E. L.) bemängelt, dass seit zehn Jahren noch immer Oberleitungen aus Eisen vorhanden sind, also Ersatzmaterial. Erst mit Hilfe der Anleihe werden jetzt acht Prozent der Oberleitungen aus Kupfer hergestellt. Es ist sehr erfreulich, dass der Referent den Mut aufgebracht hat endlich über den schlechten Zustand der Oberleitungen die Wahrheit zu sagen.

GR. Stein erwidert, dass von den 720 Kilometer Oberleitungen noch 15 Kilometer aus Eisen sind. Es sind dies die letzten Auswicklungen des Krieges, den Sie und Ihre Partei verschuldet haben.

Diese Äusserung entfesselt einen Sturm bei der Minderheit.

GR. Uebelhör (E. L.) ruft: Das ist eine Niederträchtigkeit sondergleichen!

GR. Angermeyer (E. L.): Das wagt ein Mensch im Wiener Gemeinderat zu sagen!

GR. Biber (E. L.): Diese Behauptung ist eines vernünftigen Menschen unwürdig.

GR. Preyer (E. L.): Der Referent soll sachlich reden. Das ist ein Skandal!

Unter fortwährenden Zwischenrufen erklärt Gemeinderat Stein dass diese Äusserung den Mitgliedern der Minderheit gewiss sehr unangenehm sei, dass er sie aber in vollem Umfang aufrecht erhalte. Die Erneuerung der Oberleitung ist notwendig geworden, weil im Krieg infolge des Mangels an Kupfer ausschliesslich Eisen verwendet wurde. Es ist also eine Kriegsfolge gut zu machen.

Der Antrag wird angenommen. Als Gemeinderat Stein den Referententisch verlässt rufen die Christlichsozialen: Abzug! Pfui!

GR. Reisinger berichtet über Gleiserneuerungen bei der Strassenbahn und Stadtbahn. Es werden 22 Kilometer neue Geleise gelegt, eine grosse Zahl von Weichen ausgewechselt und die Kosten von rund fünf Millionen Schilling werden aus dem Erlös der Dollaranleihe bestritten.

GR. Scholz (E. L.) begrüsst diese Arbeiten, die schon dringend notwendig waren. Einzelne Strassenbahngleise sind in einem schauerhaften Zustand. Vielleicht ist dies auch darauf zurückzuführen, dass die Erneuerungsarbeiten von der Strassenbahn in eigener Regie besorgt werden. Vor kaum zwei Jahren wurde ein neues Geleise über die Frädensbrücke gelegt, dass sich heute stark gesenkt hat. Ebenso ist dies in der Jägerstrasse der Fall wo die beiden Strassenbahnlinien 15 und 31 geführt werden und infolge des schlechten Geleises die Räder auf dem Pflaster fahren. Es wäre viel zweckmässiger, die Geleise ordentlich zu bauen, damit nicht alle zwei Jahre Neuherstellungen erforderlich sind.

GR. Dr. Wagner (E. L.) bezeichnet die Erneuerung von Strassenbahngleisen als eine so zwingende Pflicht, dass sie zu den selbstverständlichen Aufgaben der Strassenbahn gehört. Der Redner beschäftigt sich dann ausführlich mit der Aeusserung des Gemeinderates Stein über die Kriegsschuld und erklärt, dass es sehr bedauerlich ist, wenn ein Mitglied des Gemeinderates ebenfalls die Kriegsschuld wiederholt. Die Minderheit des Gemeinderates kann ein solcher Vorwurf nicht treffen und es ist nur blamabel für den, der einen solchen Vorwurf erhebt. Aber ganz entschieden muss dagegen Einspruch erhoben werden, dass mit solchen Aeusserungen parteipolitisch Schindluder getrieben wird. Man könnte darüber noch mehr sagen, es genügt aber, wenn wir die Aeusserung des Gemeinderates Stein auf das Schärfste zurückweisen.

Redner bezeichnet dann den Zustand der Strassenbahn als gemeingefährlich. Der Betrieb ist verlüdert und verkommen. Jahrelang wurde nichts getan und jetzt endlich kommt diese Vorlage. Wir haben in Wien 720 Kilometer Strassenbahngleise und 22 Kilometer sind ein sehr bescheidener Bruchteil. Deshalb kann man nicht von einer Investition sprechen, sondern höchstens von einer notwendigen Reparatur. Interessant ist auch, dass diese Reparatur nicht aus Bankkredit, sondern aus der Dollaranleihe gezahlt wird. Wir haben einen Investitionsplan über die Verwendung der Dollaranleihe verlangt, aber nicht erhalten. Ein solcher Plan wäre eine dringende Notwendigkeit und ein Gebot der Ehrlichkeit. Eher könnte die Mehrheit noch den Bau von Wohnungen mit Anleihegeldern decken, als diese Schlanpere von vielen Jahren. Der ordentliche Kaufmann bucht solche Reparaturen auf Betriebskosten, heute aber wird die Dollaranleihe dazu verwendet. Dies musste aufgezeigt werden (Beifall).

GR. Reisinger erklärt dass die Minderheit in den letzten Jahren ununterbrochen die Aufnahme einer Anleihe für solche Ausgaben verlangt hat, während heute daraus ein Vorwurf gemacht werde. Die Kritik über den Zustand der Strassenbahn sei ungerecht, sie könne es mit den Strassenbahnunternehmungen aller grossen Städte aufnehmen. (Beifall).

Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Hiess beantragt, den Touristenverein "Naturfreunde" eine Subvention von 12.000 Schilling zu bewilligen. Die Naturfreunde leisten ausserordentlich erspriessliches. Der Mitgliederstand der Naturfreunde wächst von Jahr zu Jahr. Ihre Hütten reichen nicht mehr für den Zustrom der Bergfreunde aus. Die Naturfreunde haben auch eine Sektion insbesondere für die Jugend gegründet, für die allein 150.000 Schilling aufgewendet wurden. Deshalb ist auch billig, dem Verein Naturfreunde diese Subvention zu bewilligen. (Beifall bei der Mehrheit.)

GR. Rummelhardt (E. L.) führt aus dass der Bürgermeister und der Finanzreferent auf den Standpunkt stehen, es gehe den Gemeinderat nichts an, wer um Subventionen angesucht hat. Das ist nicht nur eine sehr bemerkenswerte Stellungnahme, sondern ist auch eine Verletzung der Verfassung. Wir haben schon im Stadtsenat anlässlich dieser Subvention eine heftige Debatte darüber abgeführt, ob alle Subventionsansuchen dem Gemeinderat vorzulegen sind oder nicht. Der Bürgermeister hat gesagt, es sei nicht notwendig, alle Subventionsansuchen vorzulegen. Dadurch verletzt der Bürgermeister die Verfassung und sein Gelöbnis, die Gesetze zu achten. Schliesslich wurde uns gesagt, :Gehen Sie zum Verfassungsgericht! Wir werden auch gehen! Unter Bürgermeister Baumann wurden uns alle Subventionsansuchen vorgelegt. Den Zustand, wie er aber heute ist, können wir nicht mehr ertragen und wir können auch nicht mehr weiter hinnehmen, dass uns nur das vorgelegt wird, was uns die Autokratie des

Bürgermeisters, des Magistratsdirektors oder des Finanzreferenten ermöglicht. Wir legen gegen ein solches Vorgehen den entschiedensten Protest ein. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Wawerka (E. L.) anerkennt die Leistungen der Naturfreunde an, behauptet aber, dass die Naturfreunde nicht wegen ihrer Leistungen subventioniert werden, sondern weil sie ein Parteiverein sind. Das ist überhaupt der Grundsatz Ihrer Subventionspolitik und wir werden diese Taktik immer wieder bekämpfen. Die Naturfreunde wurden im Jahre 1923, 1924, 1925, 1926 und 1927 unterstützt. Wir hätten nichts dagegen, wenn man die Leistungen der anderen Vereine ebenso anerkennen würde. Der deutsche und österreichische Alpenverein, der den Bergsteigern die Hochalpen erschlossen hat, wird nicht subventioniert. Der österreichische Touristenklub, der durch sein <sup>Markie</sup> rungssystem den Wienerwald erschlossen hat, wird ebenfalls nicht subventioniert und auch nicht der Gebirgsverein. Sie sagen, der Alpenverein habe den Arierparagrafen, weshalb er nicht subventioniert wird. Wenn nun der Alpenverein Menschen ausschliesst, so machen genau dasselbe auch die Naturfreunde, weil sie ebenfalls einen grossen Teil der Bevölkerung dadurch ausschliessen, dass sich jedes Mitglied der Naturfreunde zur sozialdemokratischen Partei bekennen muss. Ihr Einwand, dass die Hütten der grossen Vereine den Naturfreunden nicht zugänglich sind, ist auch hinfällig. Und wenn Sie behaupten, dass sich bei den anderen Vereinen keine Arbeiter befinden, so ist das ein gewaltiger Irrtum. Es wird niemand nach seiner Parteirichtung und nach seinem Stand gefragt, alle werden aufgenommen. Der Redner schliesst seine Ausführungen damit, dass er erklärt, dass die Art der Vergabung der Subventionen eine Bagatellisierung des Wiener Gemeinderates ist. Solange Sie dem Gemeinderat nicht die Liste der Vereine vorlegen, die um eine Subvention angesucht haben, solange sind die Verhandlungen über Subventionen in diesem Hause eine Komödie, wogegen wir schärfstens protestieren. (Beifall bei der Minderheit).

Bürgermeister Seitz: Es ist unrichtig wenn behauptet wird, dass die Verteilung von Subventionen nach parteipolitischen Grundsätzen erfolgt. Richtig ist vielmehr, dass jeder Verein, wenn er einer Subvention würdig ist, sie erhält. Grundsätzlich aber werden keine nicht subventioniert, die irgendwie einseitig eingestellt sind und Menschen wegen der Rasse, der Nation oder der Konfession ausschliessen. (Beifall bei der Mehrheit). Wenn Sie verlangen, dass alle Subventionsgesuche dem Gemeinderate vorgelegt werden, so brauchten Sie sich nicht so zu beschränken. Sie könnten mit demselben Recht verlangen, dass auch alle anderen Gesuche, Gesuche um Grundverkäufe und Häuserverkäufe ja dass alle Anstellungsgesuche dem Gemeinderat vorgelegt werden. (Lebhafte Zwischenrufe bei der Minderheit). Das ist ganz unmöglich. Einem Parlament oder einem Gemeinderat können von der Regierung beziehungsweise dem Stadtsenat nur Anträge auf eine positive Leistung unterbreitet werden. Wenn man es für sachlich geboten hält, dass der Gemeinderat eine Subvention bewilligt wird ein Antrag gestellt.

GR. Dr. Kelassa: Was heisst das "man"? Wer ist das?

Bürgermeister Seitz: Der Stadtsenat, der Magistrat, der amtsführende Stadtrat, der Bürgermeister.

GR. Wagner: Die sozialdemokratische Partei!

Bürgermeister Seitz: Man hat gesagt, man müsse alle Gesuche vorlegen, die an den Gemeinderat geschickt sind. Ich glaube nicht, dass Ihre Forderung dahin aufzufassen ist, dass das entscheidende Kriterium für die Vorlage an den Gemeinderat die Adresse der Bittschrift sein kann. Sie können nur alle Bittschriften um Subventionen weinen. (Lebhafter Widerspruch und Zwischenrufe bei der Mehrheit.)

Bürgermeister Seitz: Die Forderung, dass die Subventionsansuchen gleichgültig bei welcher Amtsstelle sie eingebracht werden und gleichgültig ob sie positiv erledigt werden sollen oder nicht, dem Gemeinderat vorgelegt werden, wird als praktisch und verfassungsmässig geboten erklärt. Gerade das Gegenteil ist richtig. Es wäre eine grosse Anzahl von Beamten notwendig um alle diese Gesuche einer geschäftsordnungsmässigen Behandlung durch den Gemeinderat zuzuführen. Und wenn die Herren in der Sache den Verwaltungsgerichtshof anrufen wollen, so wünsche ich ihnen viel Glück. Dann einer der Herren der Opposition argumentiert dahin, dass dem Gemeinderat, da er nach der Verfassung Subventionen zu bewilligen hat, auch Gelegenheit geboten werden müsse, alle Subventionsgesuche zu behandeln. Das entspricht nicht der Verfassung. Auch das Parlament ist verfassungsmässig berufen über Gesetzesvorlagen zu beschliessen, aber deshalb ist es noch vorhanden eingefallen zu verlangen, dass alle Petitionen um Schaffung von Gesetzen dem Parlament zur Entscheidung vorgelegt werden, auch wenn man sie nicht bewilligen will. Die Bestimmung der Verfassung, dass der Gemeinderat zu entscheiden hat, bedeutet, dass die Verwaltung nicht berechtigt ist, eine Subvention ohne Genehmigung des Gemeinderates zu geben und dass der Magistrat, wenn er eine Subvention geben will, die Bewilligung der Gemeinderates einzuholen hat.

Das Entscheidende ist aber etwas anderes. Ich habe mich, um ein richtiges Bild zu gewinnen, in der letzten Zeit an der berufenen Stelle erkundigt und eine authentische Auskunft darüber erhalten, wie es dort ist, wo Ihre Partei verwaltet. Das Erträgnis der Staatslotterien z. B. wird zur Unterstützung von humanitären, Bildungs- und Sportvereinen etc. verwendet. Das Erträgnis wird von der gesamten Bevölkerung aufgebracht und niemand fragt, welcher politischen Partei die Loskäufer angehören. Auf Grund meiner Erkundigungen kann ich nun mitteilen, dass das Parlament nicht nur von den abgewiesenen Gesuchen nichts erfährt, sondern dass es die Regierung auch ablehnt, die Subventionen, die sie verteilt, auch nur bekanntzugeben. (Stürmische Heftige Zwischenrufe bei der Mehrheit.) Als die Opposition im Parlament erklärte, wir wollen nicht etwa über die Subventionen entscheiden, wir wollen nur wissen, was mit diesen von der ganzen Bevölkerung aufgebracht Geld geschahen ist hat die Regierung jede Antwort konsequent verweigert. (Stürmische Heftige Zwischenrufe bei der Mehrheit.) Das ist Ihre Politik drüben. Hier begehren Sie, dass wir jedes Gesuch, auch eines des nächstbesten Quärlanten vorlegen. Darauf lassen wir uns natürlich nicht ein. Subventionen werden ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit demjenigen gegeben, die ihrer würdig sind, jenen Vereinen, deren Zwecke einer Förderung bedürfen, die Gesuche, die aufrecht erledigt werden sollen, werden dem Gemeinderat unterbreitet. Wir werden ohne Genehmigung des Gemeinderates keinen Heller geben, wir werden aber dem Gemeinderat nicht mit Querulen belästigen. (Stürmischer Beifall und Handklatschen bei der Mehrheit.)

GR Rummelhardt (E.L.) erwidert, jetzt von der Richtigkeit seiner Ausführungen noch mehr überzeugt zu sein als vor der Rede des Bürgermeisters. Die Verlegenheit des Bürgermeisters hat nämlich gezeigt wie recht die Minderheit hat. Auch die Erregung des Herrn Bürgermeisters beweist nur, wie sehr er und seine Partei in dieser Frage schuld bewusst sind.

Bürgermeister Seitz: Ich bin nicht erregt, aber ich muss laut reden, wenn Sie schreien!

GR Rummelhardt: Als langjähriger Parlamentarier müssen Sie wissen, welcher Unterschied zwischen Gemeinde und Bund ist (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit und Zwischenrufe: Sehr gut! Bei der Gemeinde wurden niemals Steuergelder verlüdert!)

GR Rummelhardt: Es kommt mir immer vor, als wenn auch bezüglich der Gemeindeverwaltung ein Skandal aufgedeckt werden wird. (Beifall bei der Mehrheit: Heraus damit!) Sie haben es bisher nur einem glücklichen Zufall zu verdanken, dass noch nichts an die Öffentlichkeit gekommen ist. Aber wir wollen noch warten.

Der Bürgermeister hat vergessen zu sagen, dass die Verteilung des Ertrages der Staatslotterie verfassungsmässig nirgend festgelegt ist, während die Verteilung der städtischen Subventionen in der Verfassung genau bestimmt wird. Es steht dem Bürgermeister gar nicht gut an, wenn er glaubt, dass im Bund Dinge geschehen, die nicht recht sind, während hier wirklich im Sinne der Verfassung Unrecht geschieht. Er hätte richtiger sagen sollen, ich will die Verfassung nicht einhalten.

Bürgermeister Seitz: Sagen Sie mir die Bestimmung der Verfassung, die besagt, dass der Gemeinderat über die abgelehnten Subventionsansuchen zu entscheiden hat!

GR Rummelhardt: Die Verfassung setzt voraus, dass man sie richtig versteht und nicht deutelt. Nicht dem Magistrat und nicht dem Bürgermeister, sondern dem Gemeinderat steht die Beschlussfassung über die Subventionen zu. Wir verlangen keineswegs, dass jede Bittschrift dem Gemeinderat vorgelegt wird, sondern nur, dass die Subventionsansuchen im Hinblick auf die Bestimmungen der Verfassung an den Gemeinderat kommen. Sie werden zugeben, dass wenn der Bürgermeister Recht hätte, in der Verfassung stehen müsste, der Gemeinderat bewilligt die Subventionen auf Vorschlag des Magistrates. Das steht aber nicht drinnen, sondern der Gemeinderat bewilligt diese Subventionen. Nur dieselbe Stelle, die verfassungsmässig bewilligen kann, hat auch das Recht abzulehnen.

Der Herr Bürgermeister hat auch gemeint, wenn wir Recht hätten, dann würden nur mehr die sozialdemokratischen Vereine subventioniert. Diese Drohung kann uns nicht mehr erschüttern. Mit Ausnahme einer einzigen christlichen Organisation, der Hauskrankenpflege, erhalten unsere Vereine überhaupt keine Subvention mehr. Aber auch dieser Verein bekommt nur den Gemeindebeitrag, weil Sie ihm die Strassenbahnkarten entzogen haben. Früher hat auch die christliche Jugendorganisation zwei Millionen Kronen bekommen, gleichzeitig aber hat Herr Breitner ihr zwanzig Millionen Lustbarkeitssteuer abgerechnet. Diese Drohung und die heutige Rede, die so ganz und gar nicht würdig ist des Bürgermeisters, die kann uns nicht erschrecken und uns von unserem Standpunkt nicht abbringen. Wir stehen auf dem Standpunkt, dass Sie einen Bruch der Verfassung begehen und dass wir uns das nicht gefallen lassen. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit.)

Hieser: Die Tagesordnung zeigt uns, dass die Mehrheit ihre alte Taktik bezüglich der Subventionsgesuche beibehält. Es ist gut und richtig, wenn alpine Einrichtungen eine Subvention erhalten, aber das darf nicht dort aufhören, wo das sozialdemokratische Parteiabzeichen nicht mehr zu sehen ist. Was die Naturfreunde geleistet haben, das leisten auch andere alpine Vereine. Wenn die Arbeiterschaft heute in die Berge gehen kann, so verdankt sie das jenen Vereinen, die die Wege in die Berge gebahnt haben. Vor allem hat hier der deutsche und österreichische Alpenverein hervorragendes geleistet, dafür wird jedes Subventionsansuchen abgelehnt. Der Alpenverein erstreckt seine Tätigkeit nicht nur auf die Mitglieder sondern auf die ganze Bevölkerung. Die Naturfreunde sind aber rein parteipolitisch eingestellt. Man müsste die Ausführungen des Bürgermeisters ergänzen. Dort wo das sozialdemokratische Parteiabzeichen zu sehen ist, dort gibt es auch Subventionen. Die Gemeinde hat vor einiger Zeit auch einen Sportbeirat eingesetzt. In der letzten Sitzung ist auch dort die Frage der Subventionen besprochen worden. Es sind 60.000 Schilling zu verteilen. Vorgeschlagen wurde, dass 46.000 Schilling dem Askö und nur 14.000 Schilling für die bürgerlichen Vereine gegeben werden sollen. Es erhalten also die Sozialdemokraten 3/4, alle übrigen Vereine nur ein Viertel des Betrages. Ein solcher Schlüssel ist der beste Beweis für die parteipolitische Vergabe der Subventionen. Es ist das unverbrüchliche Recht des Gemeinderates von allen Subventionsansuchen Kenntnis zu erhalten. Es ist eine Unterschlagung der Subventionsansuchen, wenn man sie dem Gemeinderat nicht vorlegt. Wir werden deshalb mit dem grössten Nachdruck verlangen, dass diese Gesuche vorgelegt werden. Wir bekämpfen die Subventionspolitik der Gemeinde nach wie vor mit dem grössten Nachdruck, weil es der Mehrheit ausschliesslich darum zu tun ist, jene Vereine zu stärken, die sie als Erziehungsanstalten für ihre Partei braucht (Beifall bei der Minderheit).

St. R. Prof. Tandler: erklärt, dass der Sportbeirat mit den Subventionen überhaupt nichts zu tun hat. Diese Angelegenheiten gehören dort nicht hin und es wird der Gemeinderatsausschuss III sich damit beschäftigen. Die Sportsubventionen werden in aller Öffentlichkeit verteilt. Zwanzig Prozent der Subventionsgelder für Sportzwecke können vom amtsführenden Stadtrat nach eigenem Ermessen ausgeben werden und obwohl in der Verfassung eine solche Bestimmung nicht besteht, habe ich immer rückhaltslos über die Verteilung auch dieser Summe Auskunft gegeben. Es gibt also auch eine Ehrlichkeit ohne Verfassung, wenn die Minderheit schon das Beispiel mit der Staatswohltätigkeitslotterie als unangebracht bezeichnet hat. (Beifall bei der Mehrheit).

GR. Haider (E.L.) erklärt, dass der Bürgermeister die wichtigste Frage nämlich die Frage der Verfassungsmässigen Behandlung der Subventionen nicht beantwortet hat. Die Naturfreunde wurden bis heute mit 62.000 Schilling subventioniert. Es wäre sehr wünschenswert, wenn auch der christliche Arbeitertouristenklub unterstützt werden würde (Beifall bei der Minderheit).

In seinem Schlusswort erklärt Gemeinderat Hieser, dass es Tatsache ist, dass Mitglieder der Naturfreunde in Hütten anderer Vereine zurückgesetzt werden. So müssen sie im Niedersachsenhaus in den Tauern einen Schilling Eintrittsgeld und 6 bis 8 Schilling Nöchtigungsgeld zahlen. Beim Bund sind die Subventionen ein Amtsgeheimnis.

Der Antrag wird angenommen.

GR. Hieser ersucht um Genehmigung der Subventionierung für die Errichtung des Grabdenkmals für Ziehrer, von 500 Schilling

GR. Binder erklärt, dass der Betrag ein wenig zu klein ist. Er stellt den Antrag, auf der Landstrasse eine Strasse nach Ziehrer zu benennen.

Der Referentenantrag wird angenommen. Der Antrag Binder der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

St. R. Prof. Tandler ersucht um Genehmigung eines Zuschusskredites von 730.000 Schilling für Erhaltungsbeiträge und Mietzuschüssen.

GR. Dr. Motzko (E.L.) erklärt, dass die Zahl der Fürsorgebedürftigen in der letzten Zeit gewaltig gestiegen ist. Trotzdem ist ein Erlass an die Bezirksfürsorgeinstitute hinausgegangen, in dem die Kontingente der Aushilfen für eine Reihe von Bezirken gekürzt wurden. Ein zweiter Erlass behandelt die Ueberstellung von Befürsorgten dieser aus der geschlossenen Fürsorge in die offene.

Die Bürokratisierung der Fürsorgewesen. Ein weiterer Erlass der Magistratsabteilung 8 bedeutet einen Vorstoss gegen die ehrenamtliche Mithilfe in der Fürsorge wie ja überhaupt die freiwillige Fürsorge möglichst ausgeschaltet wird. Die Rednerin wendet sich insbesondere gegen die Ausschliessung des Caritasverbandes. Sie vergleicht die Leistungen Berlins und der Wiener Gemeindeverwaltung in der Fürsorge und findet die Leistungen der Wiener Gemeindeverwaltung gegenüber denen der Berliner als unzulänglich. Berlin verteilte zum Beispiel im Winter zehntausend Zentner Kohle an die Armen wir geben im ganzen 14<sup>0</sup> Zentner Waggons Holz und Kohle. Sie schliesst mit dem Wunsche, dass sich die Verwaltung endlich von dem bürokratischen und dem einseitig parteipolitischen Standpunkt in der Fürsorge frei machen möge (lebhafter Beifall bei der Minderheit).

St. R. Tandler beschäftigt sich mit dem von der Gemeinderätin Motzko vorgebrachten Erlässen und bemerkt, dass diese Erlässe vielfach von der Rednerin missverstanden worden seien. Das Kontingent der Aushilfen wurden des langen und breiten mit allen in betracht kommenden Instanzen verhandelt. Bei der Ueberstellung aus der geschlossenen in die offene Fürsorge wirkt ein bereits vor Jahren eingesetztes Komitee mit. Ein Vergleich mit Berlin sei nicht zulässig, da in Berlin die Fürsorge ganz andere Bedingungen vorfindet als bei uns. Berlin hat z.B. nur 5000 Betten in der geschlossenen Fürsorge wir 10.000. Der Referent bittet seinen Antrag anzunehmen.

Der Antrag wird angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Schluss der öffentlichen Sitzung 22:15 Uhr

Wien, am Samstag, den 21. Jänner 1928

.....

Wieder grosse Bestellungen durch die Gemeinde Wien. In den letzten Tagen hat die Wiener Stadtverwaltung wieder sehr grosse Arbeitsaufträge an Industrie und Gewerbe vergeben. Vor allem sind hier die vom Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten vergebenen Bestellungen hervorzuheben. In den letzten Tagen hat dieser Ausschuss für nicht weniger als rund eine Million Schilling Bestellungen der verschiedensten Art an Industrie und Gewerbe vergeben. So wurden für 375.000 Schilling Anstreicharbeiten, Schlosserarbeiten, Installationsarbeiten für die Herstellung von Gasleitungen, Wasserleitungen und für elektrische Lichtleitungen, Pflasterungsarbeiten, Spenglerarbeiten, Ziegeldeckerarbeiten und Tischlerarbeiten vergeben. Für rund 150.000 Schilling wurden Steinmetzarbeiten und Bildhauerarbeiten vergeben, weiters für 130.000 Schilling Planverfassungenarbeiten und Detaillierungsarbeiten bei einer Reihe von städtischen Neubauten <sup>und</sup> für 98.000 Schilling Erd- und Pflasterungsarbeiten. Schliesslich hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten noch für 55.000 Schilling Installationsarbeiten für die Herstellung der öffentlichen elektrischen Strassenbeleuchtung vergeben.

.....

Änderung der Fernsprechnummern der Zentralaufnahmestelle der Gemeinde Wien für Tuberkulose und Kurbedürftige. Die Fernsprechnummern der Zentralaufnahmestelle der Gemeinde Wien für Tuberkulose und Kurbedürftige, IX., Währingerstrasse 45, wurden abgeändert. Die Fernsprechnummer des administrativen Dienstes in der Zentralaufnahmestelle ist jetzt B 45375 und die des ärztlichen Dienstes B 45-1-60.

.....

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Im Zuge der Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung wird in den nächsten Tagen die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung in der Josefstadt in der Buchfeldgasse, Schmidtgasse, Maria Treugasse und auf dem Piaristenplatz, in Hietzing in der Penzingerstrasse und in Döbling in der Himmelstrasse und Feilergasse in Betrieb gesetzt.

.....

Neue Kurse an der städtischen Frauengewerbeschule. An der städtischen Frauengewerbeschule V., Margaretenstrasse 152, haben im Jänner folgende neue Abend- und Nachmittagskurse begonnen: Weissnähen, Kleidermachen, Schnittzeichnen für Schneiderinnen und Weissnäherinnen, Frisieren- und Modistenarbeiten. Einschreibungen werden in der Kanzlei der Frauengewerbeschule täglich von 8 bis 14 Uhr vorgenommen.

.....

Sitzung des Wiener Stadtsenates. Die nächste Sitzung des Wiener Stadtsenates findet in der kommenden Woche am Dienstag, den 24. Jänner, um zehn Uhr vormittags statt.

.....

Ablenkung des Bahnhofrundverkehrs. Vom Montag, den 23. auf Dienstag, den 24. Jänner wird der Bahnhofrundverkehr wegen Arbeiten auf dem Margareten Gürtel vom Mariahilfer Gürtel über die Wallgasse-Gumpendorferstrasse-Reinprechtsdorferstrasse zum Matzleinsdorfer-Platz geführt. Die Ablenkung gilt für beide Fahrtrichtungen.

.....

Wichtige Beschlüsse des Sportbeirates der Gemeinde Wien .Vor einigen Tagen hielt der Sportbeirat der Gemeinde Wien unter dem Vorsitz des amtsführenden Stadtrates Professor Dr. Julius Tandler seine zweite Sitzung ab, in der über die Regelung des Verkehrs der Sportvereine mit der Sportstelle der Gemeinde Wien (Magistratsabteilung 12) verhandelt wurde .Nach einem Referat des Sekretärs Gastgeb ( Askö ) wurde beschlossen, dass Sport- und Turnvereine , die einem Verband angehören , nur durch diesen mit der Sportstelle verkehren dürfen . Hinsichtlich der Eingaben verbandsloser Vereine wurde verlangt, dass , falls diese Eingaben wichtige sportliche Angelegenheiten betreffen , sie dem Sportbeirat zur Beratung vorgelegt werden sollen . Ueber die Spielplatzfrage referierte der Sportreferent der Magistratsabteilung 12, Söllner, der zunächst zahlenmässig nachwies, dass die bestehenden Spiel- und Sportplatzverhältnisse in den grossen Bezirken nicht im entferntesten den tatsächlichen Ansprüchen genügen .Der Mangel an ausreichenden Spielflächen ist eine gesundheitliche, sittliche und kulturelle Gefahr. Die allgemeine Aufklärung über die Bedeutung der Spielplätze ist eine Vorbedingung für die Lösung der Spielplatzfrage. Die Gemeindeverwaltung erachtet es als ihre Pflicht, das Spielplatzproblem einer befriedigenden Lösung zuzuführen . Stadtrat Professor Dr. Tandler regte an, zu diesem Zweck eine sorgfältig vorbereitete Enquete einzuberufen .Der Anregung wurde zugestimmt. Vom Vertreter des Askö , Obmann Zipfinger, wurde beantragt, die Sommerzeit, die für die Sportbewegung und für die Ausnützung der Sportplätze von grösster Bedeutung ist, wieder einzuführen.

.....

Wien, am Montag, den 23. Jänner 1928

.....

Fünf Jahre Wiener Krematorium. Das Krematorium der Stadt Wien veröffentlicht soeben einen Bericht über die Zahl der Einäscherungen seit seinem Bestand. Bekanntlich wurde das Wiener Krematorium als erste Feuerhalle der Republik im Jahre 1923 der Benützung übergeben. Von Jahr zu Jahr ist ein Ansteigen der Zahl der Einäscherungen festzustellen. Im Jahre 1923 erfolgten 835 Leichenverbrennungen im Wiener Krematorium, im Jahre 1924 waren es bereits 1424. Im Jahre 1925 wurden 1880 Einäscherungen vorgenommen und im Jahre 1926 schon 2391. Im Jahre 1927 ist eine weitere Steigerung auf 2915 festzustellen. Insgesamt wurden in den fünf Jahren 9601 Verstorbene eingeäschert; davon waren 5830 männliche und 3771 weibliche Personen. Der römisch-katholischen Kirche gehörten 5876 Eingeäscherte an, der evangelischen Kirche 1031, der mosaischen 907, der alt-katholischen 183, der griechisch-orthodoxen 17 und anderen Religionsgenossenschaften 8. Konfessionslos waren 1557. Von den Eingeäscherten waren 312 Kinder. In der Zeremonienhalle des Wiener Krematoriums wurden in den fünf Jahren 3597 Einsegnungen vorgenommen.

.....

Jubilare der Ehe. Vergangene Woche überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Linder dem Ehepaar Martin und Anna Oswald anlässlich der goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

.....

Wissenschaftliches Vermächtnis eines Arbeiters. Der Hutarbeiter Wilhelm Wesely hinterliess nach seinem Tode dem Pädagogischen Institut der Stadt Wien für Unterrichtszwecke eine grosse, aus fünfzig Laden bestehende Schmetterlingsammlung. Seine Schwester, Emilie Koschak, spendete nun neuerlich aus dem Nachlasse ihres Bruders dem Pädagogischen Institut der Stadt Wien fünfzehn Schachteln mit Insekten, verschiedene Fanggeräte, Netze, Tötungsgläser, Sammelschachteln und Präparationsvorrichtungen. Das Pädagogische Institut der Stadt Wien hat die wertvolle Spende des einfachen Arbeiters mit Dank angenommen.

.....

Zwei Drittel der Kraftwagenabgabekennzeichen für 1928 noch nicht behoben. Wie schon gemeldet, sind alle Besitzer von Personenkraftwagen gesetzlich verpflichtet, im Jänner die Kraftwagenabgabekennzeichen für das Jahr 1928 zu lösen. Bisher hat nun kaum ein Drittel der Abgabepflichtigen die Kennzeichen behoben. Die Kraftwagenbesitzer werden daher dringendst aufgefordert, die Behebung der Steuertafeln nunmehr unverzüglich zu veranlassen da sie sonst ab 1. Februar Beanständigungen während der Fahrt durch die Polizeiorgane zu gewärtigen und die gesetzlichen Folgen zu tragen haben.

.....

Wien, am Montag, den 23. Jänner 1928

Fünf Jahre Wiener Krematorium. Das Krematorium der Stadt Wien veröffent-

RATHAUSKORRESPONDENZ

licht soeben einen Bericht über die Zahl der Einäscherungen seit seiner

Herausgeber und verantw. Redakteur:

21

Bestand. Bekanntlich Karl Honauer Krematorium als erste Feuerhalle

der Republik Wien, am Montag, den 23. Jänner 1928 (Zweite Ausgabe) Jahr

Ein Fall von Fleckfieber in Wien. Am Abend des 21. Jänner wurde bei dem

Chauffeur Rudolf Rom im Infektionsspital der Verdacht auf Flecktyphus

ausgesprochen. Der Mann war am 19. Jänner mit der Diagnose Scharlach in

das Infektionsspital gebracht worden. Rudolf Rom ist anfangs Dezember

1927 aus Amerika nach Wien zurückgekehrt. Auf der Heimreise hat er sich

auch in Jugoslawien aufgehalten.

In Wien wohnte er im Gebäude des ehemaligen Korpskommandos 1. Uni-

versitätsstrasse 7 zusammen mit einem Vetter bei seinem Onkel. Sein Ve-

ter ist Kanonier in der Kaiser Ebersdorferkaserne.

Auf Grund der Erhebungen sowohl in der Wohnung als auch in der

Kaserne hat das Gesundheitsamt der Gemeinde Wien die Quarantänisierung

sämtlicher Insassen der Wohnung des Onkels und von 26 Kameraden des Vet-

ters des Erkrankten angeordnet und durchgeführt. Wohnung und Kaserne war

isoliert bleiben wird.

Wien, am Dienstag, den 21. Jänner 1928

Berufsausbildungskurse für Arbeitslose. Der Fortbildungsschulrat für Wien, VI., Mollardgasse 87, eröffnet Mitte Februar Berufsausbildungskurse für folgende Gewerbe und für Gehilfen, die im ersten bis dritten Gehilfenjahr stehen: Modellmacher, Eisengiesser, Metallgiesser, Kunstgiesser, Gürtler, Metalldrucker, Kunstschlosser und Dreher. Die Anmeldung zu diesen Kursen erfolgt beim Arbeitslosennachweis. Der Unterricht erfolgt an Werktagen und umfasst zwölf Stunden Lehrwerkstättenunterricht und vier Stunden Betriebslehre wöchentlich durch ungefähr drei Monate. Die Lernmittel für die Kurse, die unentgeltlich sind, werden ebenfalls kostenlos beigelegt. Weiters erhalten die Kursteilnehmer Strassenbahnfahrscheinene zum Kursbesuch. In diesen Kursen wird den Teilnehmern Gelegenheit zur Weiterausbildung in ihrem Gewerbe geboten, wodurch ihnen neue Erwerbsmöglichkeiten in der heimischen Industrie erschlossen werden. Jeder Arbeitslose möge sich sofort für diese Berufsausbildungskurse melden.

Präsident Salkind 75 Jahre alt. Der Präsident des Verbandes der auswärtigen Presse Leo Salkind begeht heute das Fest seines 75sten Geburtstages. Aus diesem Anlass hat Bürgermeister Seitz dem Jubilar die herzlichsten und aufrichtigsten Glückwünsche ausgesprochen. Als Zeichen der Wertschätzung der schriftstellerischen Lebensarbeit Leo Salkinds hat die Gemeinde Wien dem Jubilar einen Gedenkring gewidmet.

Jahresbericht des städtischen Desinfektionsbetriebes. Nach einem Bericht des Wiener städtischen Gesundheitsamtes wurden im Jahre 1926 mehr als 19300 Desinfektionen in Wohnungen, Schulen und sonstigen Objekten vorgenommen. Die Desinfektionen erfolgten in 2509 Fällen wegen Tuberkulose, in 2375 Fällen wegen Scharlach, in 1702 Fällen wegen Diphtherie, in 367 Fällen wegen Typhus, in 135 Fällen wegen Ruhr und in 93 Fällen wegen sonstiger Infektionskrankheiten. Die Desinfektionen wurden von 64 dem städtischen Gesundheitsamte zur Verfügung stehenden Sanitätspersonen durchgeführt.

Dank des Künstlerverbandes österreichischer Bildhauer an die Gemeinde Wien. Wie bekannt, hat die Wiener Gemeindeverwaltung die Selbsthilfeaktion des Künstlerverbandes österreichischer Bildhauer, die dieser vor einigen Monaten ins Leben gerufen hat, durch die Gewährung einer Subvention und insbesondere durch die Zuweisung eines ausserordentlich günstig gelegenen Ausstellungsplatzes in der nächsten Nähe des Zentralfriedhofes, auf dem die Bildhauer Werke der Friedhofskunst ausstellen, ausserordentlich gefördert. In der Vollversammlung des Künstlerverbandes österreichischer Bildhauer wurde nun der Wiener Gemeindeverwaltung und vor allem Bürgermeister Seitz und amtsführenden Stadtrat Breitner für die tatkräftige Unterstützung der Selbsthilfeaktion der Dank des Künstlerverbandes ausgesprochen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 23  
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 25. Jänner 1928

.....  
Neue Wohnhausbauten der Gemeinde Wien. Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen hat nach einem Bericht des amtsführenden Stadtrates Weber die Bauentwürfe für fünf neue städtische Wohnhausanlagen genehmigt. Nach den Plänen des Architekten Otto Prutschner wird in der Ybsstrasse ein fünfgeschossiger Wohnhausbau errichtet, der 72 Wohnungen enthalten wird. Am Wienerberg wird im Zuge der Ausgestaltung der dortigen Wohnhausanlage nach den Plänen des Architekten Robert Cerley zwei einstöckige Häuser mit 12 Wohnungen und eine Zentralwäscherei mit zwei Dampfkesseln, einem Waschsaal mit 29 Waschständen, zwei grossen Bügelräumen, zwei Räumen mit Trockenulissen und den erforderlichen Nebenräumen <sup>und in</sup> der Meiselstrasse in Hietzing wird eine Wohnhausanlage mit 14 Wohnungen und zwei Geschäftslokalen errichtet. Ferner wurden die Bauentwürfe für neue Wohnhausanlagen in der Gründorigasse und in der Cervantesgasse in Hietzing genehmigt. Die Wohnbauten werden je 14 Wohnungen enthalten. Die Kosten für die Wohnbauten betragen insgesamt ungefähr vier Millionen Schilling.

.....  
Die österreichische Ausstellung des deutschösterreichischen Volksbundes in Berlin. Die Direktion der Albertina hat die städtischen Sammlungen um die leihweise Ueberlassung von architektonischen Handschriften der Architekten Friedrich Schmidt und Otto Wagner ersucht, um die Beiträge der Albertina zu der österreichischen Ausstellung des deutschösterreichischen Volksbundes, die jetzt in der Akademie der bildenden Künste in Berlin abgehalten wird, entsprechend zu ergänzen. Die Direktion der städtischen Sammlungen hat dem Ersuchen entsprochen und der Albertina Handzeichnungen der Architekten Schmidt und Wagner, darunter auch drei preisgekrönte Entwürfe des Architekten Schmidt zur Verfügung gestellt.

.....  
Ein Josef Strausspark in Wien. Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltung hat nach einem Bericht des Gemeinderates Stubianek den Neubauer Kinderpark in Josef Strausspark umbenannt. Die Erläuterungstafel wird folgende Inschrift tragen: Josef Strauss, 1827 bis 1870, Komponist. Seine Wiener Tanzkompositionen reihen sich würdig den Schöpfungen seines älteren Bruders Johann Strauss an.

.....  
Zwei Drittel der Kraftwagenabgabekennzeichen für 1928 noch nicht behoben  
Wie schon gemeldet, sind alle Besitzer von Personenkraftwagen gesetzlich verpflichtet, im Jänner die Kraftwagenabgabekennzeichen für das Jahr 1928 zu lösen. Bisher hat nun kaum ein Drittel der Abgabepflichtigen die Kennzeichen behoben. Die Kraftwagenbesitzer werden nunmehr dringendst aufgefordert, die Behebung der Steuertafeln unverzüglich zu veranlassen, da sie sonst ab 1. Februar Beanständigungen während der Fahrt durch die Polizeiorgane zu gewärtigen und die gesetzlichen Folgen zu tragen haben.

Wien, am Donnerstag, den 26. Jänner 1928

Die Hilfs- und Sonderschulen der Stadt Wien. Die Gemeinde Wien besitzt zehn selbstständige Hilfsschulen (Stammschulen) und vierzehn Hilfsschul-exposituren mit zusammen 122 Klassen. Diese Schulen wurden im Schuljahr 1926/1927 von 1062 Knaben und 731 Mädchen, zusammen von 1793 Kindern besucht. Die Durchschnittsschülerzahl einer Klasse ist von 15 auf 14,7 gesunken. An den Hilfsschulen waren 62 mit Spezialprüfung (gegenüber 58 im Vorjahre) und 75 ungeprüfte Lehrkräfte, eine Kindergärtnerin und 12 Arbeitslehrerinnen in Verwendung. Dann wurde ein mit umfangreichen Erläuterungen versehener Hilfsschullehrplan fertiggestellt, der vom Stadtschulrate genehmigt wurde. Als Grundideen kommen in dem Lehrplane zum Ausdruck: Vermittlung eines auch für den Deblen unumgänglich notwendigen elementaren Wissens und Könnens unter Berücksichtigung seiner späteren einfacheren Lebensverhältnisse, Entwicklung der praktischen Intelligenz, insbesondere die Ausbildung der Hand zur Anbahnung einer einfachen Erwerbsfähigkeit, individueller Unterricht mit Rücksicht auf die verschiedenen körperlichen und geistigen Gebrechen. Ueber die Sonderschulen gibt der amtliche Bericht des Stadtschulrates, der vom geschäftsführenden zweiten Präsidenten Otto Glöckel über das Schuljahr 1926/27 erstattet wurde, folgendes Bild: Die ursprüngliche Niederösterreichische Landestaubstummenanstalt übernahm am 1. Jänner 1922 die Gemeinde Wien. Bis dahin besass die Gemeinde zwei Schulabteilungen für taubstumme Kinder. Diese Schulabteilungen wurden am 1. Jänner 1923 aufgelassen und im Gebäude der städtischen Taubstummenanstalt, XIX., Hofzeile 15, zu einer achtklassigen Taubstummenschule vereinigt. Gleichzeitig wurde dort auch ein Jugendhort für taubstumme Kinder eröffnet. Mit Anfang des Schuljahres 1925/26 wurde versuchsweise begonnen, die städtische Taubstummenschule im Sinne einer höheren Lehranstalt auszubauen, indem zwei weitere Schuljahre hinzukamen, die mit dem siebenten und achten Schuljahre zusammen im Sinne einer Bürgerschule mit gewerblich-technischer Richtung geführt werden. Der gegenwärtige Schülerstand beträgt 49 Knaben und 37 Mädchen. An der Anstalt wirken ein Direktor, elf Lehrpersonen und eine Handarbeitslehrerin. Ausserdem bestehen zwei achtklassige Schwerhörigenschulen, und zwar im IV. Bezirk, Waltergasse 16 und im XV. Bezirk, Zinckgasse Nr. 12/14. Das Schwerhörigenschulwesen bezweckt die gesonderte Unterrichtsbehandlung jener Schüler, denen eine chronische Ohrenerkrankung mit Herabsetzung der Hörfähigkeit oder eine habituelle Schwerhörigkeit den Unterrichtsempfang an der Volks- und Bürgerschule unmöglich macht. Im abgelaufenen Schuljahre wurden auch Versuche zur Lösung der Frage des Unterrichtes der sehgeschwachen Kinder dadurch unternommen, dass im Schulgebäude XVI., Kirchstetterngasse 38, eine besondere Schulabteilung mit drei Klassen für Sehgeschwache errichtet wurde. Die Klassenzimmer wurden wesentlich anders als die übrigen Schulzimmer eingerichtet. Vom nächsten Schuljahre an wird die Augenuntersuchung aller Kinder durch Fachärzte in die Wege geleitet werden. Im Anschluss daran ist eine ständige Ueberwachung der Augen der sehgeschwachen Kinder durch einen Facharzt geplant. Am 13. Oktober 1926 wurde im Schulgebäude XIV., Kauergasse 5, auch eine vierklassige Sonderschule für verkrüppelte Kinder errichtet. Sie ist bestimmt für Kinder, die durch ihr

Gebrechen in ihrer normalen Schulausbildung beeinträchtigt sind, deren körperliche Gebrechen sich durch die Teilnahme am normalen Unterrichte vor schlechtern kann und deren Gebrechen mit Rücksicht auf die spätere Erwerbsfähigkeit einen besonderen Unterricht erfordern.

Der Unterricht ist - naturgemäss mit eingehobenen grösseren Pausen - ganztägig. Die Kinder werden um 9 Uhr vormittags zur Schule gebracht und um 4 Uhr nachmittags abgeholt. Sie erhalten von der Direktion der städtischen Strassenbahnen Streckenfrikarten, die im Bedarfsfalle auch für ihre Begleitpersonen gültig sind. Weiters erhalten die Kinder in der Schule auch das Mittagessen. Die Fürsorge für sprachgestörte Schulkinder umfasste im abgelaufenen Schuljahre zwölf Sonderklassen und vierundzwanzig Heilkurse. Sie sind auf den ganzen Wiener Schulbezirk verteilt. Im vorhergehenden Schuljahre waren in die Sonderklassen- und Kurse 865 Kinder aufgenommen. 449 Kinder konnten als geheilt und 290 als gebessert erklärt werden. Je nach der Art und Schwere des Leidens verbleiben die Kinder länger oder kürzer in der Fürsorge.

Geringe Erhöhung der Gebühren für die amtlichen tierärztlichen Untersuchungen von Vieh und Fleisch. Die Grundgebühr der Gebühren für die Vornahme amtlicher tierärztlicher Untersuchungen von Vieh und Fleisch und für die tierärztliche Untersuchung von Tieren, die in Wiener Eisenbahn- und Schiffstationen ein- und ausgeladen werden, wurde von 1,57 Schilling für die Zeit vom 1. bis 29. Februar auf 1,63 Schilling erhöht. Demnach erfahren alle auf diese Grundgebühr aufgebauten Ansätze der Gebühren für die Vornahme der amtlichen tierärztlichen Untersuchungen eine geringe Erhöhung.

Der Gesundheitszustand der Wiener Schulkinder. Nach einer Feststellung des Wiener städtischen Gesundheitsamtes weist die Rachitis ersten Grades bei den Schulkindern einen erfreulichen Rückgang auf. Während im Jahre 1925 noch rund 29 Prozent an Rachitis erkrankte Kinder in den Normalschulen gezählt wurden, wurden im Jahre 1926 nur mehr 23 Prozent festgestellt. Die Kropfbildungen gehen ebenfalls stark zurück. Die Zahl der Kropfkinder fiel von 33 Prozent auf 26 Prozent, wobei die Mädchen den höheren Anteil stellen. Ein kleiner Rückgang ist auch in der Tuberkulosegefährdung der Schulkleinkinder festzustellen, den die Ergebnisse der an 7346 Knaben und 6710 Mädchen der ersten Volksschulklasse vorgenommenen Dermatubinprobe bestätigen.

Neue Kurse an der städtischen Frauengewerbeschule. An der städtischen Frauengewerbeschule V., Margaretenstrasse 152, haben im Jänner folgende neue Abend- und Nachmittagskurse begonnen: Weissnähen, Kleidermachen, Schnitzarbeiten für Schneiderinnen und Weissnäherinnen, Frisieren und Modistenarbeiten. Einschreibungen werden täglich in der Kanzlei der Frauengewerbeschule von 8 bis 14 Uhr vorgenommen.

Wien, am Freitag, den 27. Jänner 1928

Neun Millionen Badegäste in den städtischen Bädern. Im abgelaufenen Jahr erfreuten sich die städtischen Bäder eines riesigen Zuspruches von Badegästen. Es standen der Wiener Bevölkerung im Vorjahr 50 städtische Bäder und zwar die städtischen Warmbäder, die Volksbäder, die Sommerbäder und die Kinderfreibäder zur Verfügung. Diese wurden von nicht weniger als 8,993.270 Badegästen aufgesucht; davon benützten 6,924.315 Badegäste die Warm- und Volksbäder und 2,068.955 die Sommer- und Kinderfreibäder. Gegenüber der Frequenz der städtischen Bäder im Jahre 1913, wo nur 4,049.371 Badelustige die Gemeindebäder aufsuchten, hat sich also die Zahl der Badegäste im Vorjahr nicht nur verdoppelt sondern ist darüber hinaus noch um 894.528 angestiegen.

Bezirksvertretung Ottakring. Die Bezirksvertretung Ottakring hält morgen, Samstag, um 17 Uhr eine öffentliche Sitzung ab.

4000 neue Liederkompositionen in der städtischen Musiksammlung. Der Komponist Emil Sutor hat der Stadt Wien die Handschriften seiner über 4000 Stücke umfassenden Liederkompositionen gewidmet. Die Spende wurde der Musiksammlung der Stadtbibliothek einverleibt, die dadurch eine willkommene Erweiterung ihres Handschriftenbestandes erfahren hat.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Im Zuge der Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung wird in den nächsten Tagen die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung in Favoriten in der Kudlichgasse, in der Herndl-gasse von der Quellenstrasse bis zur Laaerstrasse in der Laaerstrasse von der Herndl-gasse bis zur Kudlichgasse, in der Absberggasse von der Kudlichgasse bis zur Quellenstrasse und endlich in dem noch restlichen Teil der Quellenstrasse, der noch nicht elektrisch beleuchtet ist, in Betrieb gesetzt.

6785 Aufnahmen in der Kinderübernahmestelle der Stadt Wien. Wie bekannt, wurde die Kinderübernahmestelle der Gemeinde Wien am 18. Juni 1925 ihrer Bestimmung übergeben. Wie notwendig die Anstalt, die heute die vorbildlichste Einrichtung auf dem Kontinent ist, für die fürsorgebedürftigen Kinder war, zeigt am anschaulichsten der Umfang ihrer Tätigkeit. Im Jahre 1926 wurden nicht weniger als 6785 Kinder in der Kinderübernahmestelle aufgenommen. Von diesen waren 3730 Knaben und 3055 Mädchen. 3103 hatten ein Alter bis zu zwei Jahren, 1411 waren zwei bis sechs Jahre und 2271 waren über sechs Jahre alt. 2166 Kinder wurden aufgenommen, weil ihre Eltern sie nicht erhalten konnten, 3718, weil ihnen die mütterliche Obhut fehlte, und schliesslich 901, die in ungeeigneter Umgebung aufwuchsen. Von den im Jahre 1926 in der städtischen Kinderübernahmestelle aufgenommenen Kindern waren 5064 nach Wien und 1721 fremdzuständig.

Wien, am Samstag, den 28. Jänner 1928

-----  
Eine Wiedersehensfeier der Lehrlingsfürsorgeaktion. Am Sonntag, den 5. Februar, findet im grossen Saal des Arbeiterheimes in Ottakring, Kreitnergasse 31, um neun Uhr vormittags eine Wiedersehensfeier aller Pfleglinge statt, die im Vorjahr in den Erholungsheimen der Lehrlingsfürsorgeaktion waren. Die Eintrittskarten werden in der Zentrale der Lehrlingsfürsorgeaktion, I., Hanuschgasse 3, ausgegeben. Die nächsten Entsendungen von Lehrlingen und Lehrlinginnen in die Erholungsheime Bad Fischau und Schloss Neulengbach gehen am Donnerstag, den 2. Februar, ab. Anmeldungen werden jeden Dienstag um 17 Uhr im Verband der Krankenkassen, VI., Königseggasse 10, entgegengenommen.

-----  
Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche tritt am Dienstag, den 31. Jänner, um zehn Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat zusammen. Der Wiener Gemeinderat wurde für Freitag, den 3. Februar, um 17 Uhr einberufen.

-----  
Entfallende Sprechstunde. Montag entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde des amtsführenden Stadtrates für allgemeine Verwaltung, Julius Linder.

-----  
231.514 Kinder Gäste der städtischen Schülernausspeisung. Die Zahlen des Tätigkeitsberichtes der städtischen Schülernausspeisung zeigen wohl am anschaulichsten den Umfang der Schülernausspeisung, die die Schüler der Volks- und Bürgerschulen und die kleinen Pfleglinge der städtischen Kindergärten geniessen. Im Jahre 1926 wurden von der städtischen Schülernausspeisung an insgesamt 231.514 Kindern nicht weniger als 5.778.752 Portionen ausgeteilt. 187.157 Kinder waren Schüler der Volks- und Bürgerschulen und 44.357 waren Schützlinge der städtischen Kindergärten. Von den 231.514 ausgespeisten Kindern waren 12.483 Vollzahler, 13.887 zahlten die Hälfte, 44.452 nur ein Viertel und nicht weniger als 160.692 wurden unentgeltlich ausgespeist.

-----  
Regelung des Marktverkehrs auf dem Naschmarkte. Der Naschmarkt darf nur von Fuhrwerk befahren werden, die die Zu- und Abfuhr von Marktwaren besorgen. Jede Durchfahrt sowie das Fahren mit Fahrrädern, Motorrädern und dergleichen über den Markt ist verboten. Lizenzierte Markthelfer dürfen den Markt auch während der Marktzeit mit ihren Rodeln und Handwagen befahren, doch müssen sie den kürzesten Weg zu den zu beliefernden Verkaufsständen oder Einkäuferfuhrwerken nehmen. Die Handwagen dürfen nur von normaler Grösse sein. Die Fuhrwerke dürfen nur an den mit Tafeln besonders gekennzeichneten Stellen und nur in der angegebenen Fahrbrichtung in den Markt einfahren und müssen den Markt an den durch Tafeln bezeichneten Ausfahrtstellen wieder verlassen. Die Waren sind mit der grössten Beschleunigung ab- und aufzuladen. Jede Verstellung des Marktplatzes, der Zu- und Durchgänge mit Wagen, Wagenbestandteilen, Handwagen, Emballagen oder Waren ist verboten.

-----  
Keine Erhöhung des Reinigungs- und Sperrgeldes. Mehrere Vereinigungen der Portiere und Hausbesorger haben Anträge auf Erhöhung des Reinigungsgeldes gestellt. Das Ausmass der beantragten Erhöhung beträgt durchschnittlich dreissig Prozent. Gegen eine Erhöhung der Ansätze haben sich jedoch die Interessentvereinigungen der Mieter und Geschäftsinhaber ausgesprochen. Der Magistrat war nach eingehender Prüfung nicht in der Lage, eine Erhöhung des derzeitigen Ausmasses der Reinigungsgeldes zu beantragen, weil sich in den massgebenden Verhältnissen seit der letzten Festsetzung der Gebühren im Jänner des Vorjahres keine wesentliche Änderungen ergeben haben. Es bleiben daher die Ansätze für das Reinigungs- und Sperrgeld, die seit 1. Februar 1927 Geltung haben, auch weiterhin unverändert aufrecht.

Wien, am Montag, den 30. Jänner 1928

Protest gegen die geplante Auflöfung des Stephaniespitals Die Bezirksvertretung Ottakring hielt am Samstag eine ausserordentliche Sitzung ab, in der auf Antrag des Bezirksrates Berger folgende Denkschrift einstimmig beschlossen wurde: Sicherem Vernehmen nach trifft das Bundesministerium für soziale Verwaltung alle Anstalten, das Stephaniespital aufzulösen. Bei der einwandfrei festzustellenden chronischen Bettennot in den Wiener Krankenhäusern ist diese Massnahme nicht zu verstehen und mit vollem Rechte an der Möglichkeit gezwifelt, die im Stephaniespital

untergebrachten Patienten in anderen Krankenhäusern unterzubringen. Das Stephaniespital ist ein solider Steinbau mit einem normalen Bettenbelag von 146 Patienten und im Bedarfsfalle, der leider sehr häufig eintritt, kann der Belag auf 150 Betten erhöht werden. Der Belag des Stephaniespitals wurde nun in der letzten Zeit auf höheren Auftrag künstlich auf 90 Betten herabgesetzt und zwei Krankensäle mit 56 Betten unter nichtigen Vorwänden gesperrt. Seit Wochen werden aber auch keine neuen Patienten mehr aufgenommen. Vor einiger Zeit ist sogar eine Patientin mit einem operativen Gallensteinleiden, nach dem sie bereits 2 Tage im Stephaniespital zugebracht hatte, mit der Begründung weggeschickt worden, dass kein Platz mehr sei. Der Patientin wurde gesagt, dass übrigens die Krankheit

längere Zeit andauern wird und die Spitalsverwaltung habe für eine längere Behandlung keine Möglichkeit mehr. Es ist sogar vorgekommen, dass ein schwerkranker Patient, der sich um drei Uhr früh in das Stephaniespital schleppte, von dem diensthabenden Arzte wegen Platzmangel abgelehnt wurde, trotzdem 56 Betten nicht belegt waren. Unglaublich erscheint auch die Mitteilung, dass das Wilhelminenspital Vorsorge zur Aufnahme der Patienten des Stephaniespitals trifft, denn es ist bekannt, dass die chirurgische Abteilung des Wilhelminenspitals leider sehr stark in Anspruch genommen wird und ebenfalls an Bettmangel leidet. Im Uebrigen ist ein grosser Teil der Patienten des Wilhelminenspitals in Baracken untergebracht und es ist eine Schande zuzusehen, wenn die operierten Pflegebedürftigen von der Operationsbaracke bei jeder Witterung mit den Rollwagen in ihre Krankenbaracke geführt werden. Zu bemerken wäre hiezu aber auch, dass der grössere Teil der Baracken schon baufällig ist, teilweise sogar schon geräumt werden musste, und es ist daher ganz ausgeschlossen, dass im Wilhelminenspital Patienten in grösserer Anzahl untergebracht werden können.

Festgestellt muss werden, dass die im Stephaniespital angestellten Aerzte Weltruf auf dem Gebiete der Chirurgie geniessen. Die schwierigsten Operationen wurden mit glücklichem Erfolg durchgeführt. Nicht ausser Acht darf gelassen werden, dass die Ambulanz des Stephaniespitals nicht nur von den Bewohnern Ottakrings, sondern von ganz Wien, ja sogar von der Provinzbevölkerung und von Ausländern besucht wird. Die durchschnittliche Frequenz der Ambulanz beträgt im Jahre 17.000 Hilfesuchende und dazu kommt noch die zahnärztliche Behandlung. Die Diensterteilung in der Ambulanz ist eine sehr günstige; die ambulatorische Behandlung findet mit Ausnahme von Mittwoch und Samstag jeden Vormittag von 9 bis 11 Uhr und jeden Nachmittag von 3 bis 4 Uhr statt.

Es ist dadurch die Möglichkeit geboten, mit den Schulkindern, damit sie die Schule nicht versäumen, nachmittags die Ambulanz aufzusuchen, aber auch sonst gibt es sehr viele Menschen, die vormittags keine Zeit haben und daher nachmittags spitalsärztliche Hilfe in Anspruch nehmen müssen. Als Argument für die Auflösung des Stephaniespitals wird auch ins Treffen geführt, dass die Lage eine ungünstige ist, da das Krankenhaus an einer Verkehrsstrasse liegt und die Patienten keine Ruhe haben. Es muss hiezu bemerkt werden, dass die meisten Krankenhäuser, wie das Allgemeine Krankenhaus das Wiedener Spital, das Wilhelminenspital usw. eine ebenfalls so ungünstige Lage haben. Für Ottakring besonders, aber auch für die gesamte Wiener Bevölkerung bedeutet die Auflösung des Stephaniespitals eine eminente Gefahr und die Bezirksvertretung Ottakring sieht sich daher in Wahrung der Interessen der Bevölkerung veranlasst, energischen Protest gegen die Auflösung des Stephaniespitals einzulegen.

Die Bezirksvertretung beschloss ferner, eine Abordnung zu Minister Dr. Resch zu entsenden, die die Denkschrift dem Minister überreichen wird.

Jubilare der Ehe. In den letzten Tagen überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführende Stadtrat Linder den Ehepaaren Josef und Johanna Diwisch, Lazar Ludwig und Emma Grün, Wenzel und Franziska Jary, Georg Franz und Emilie John, Josef und Marie Korschinek, Wenzel und Marie Rinner und Matthias und Julianne Schwanda anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

23.078 Lebendgeburten in Wien. Gegenüber 25.380 Sterbefällen im Jahre 1926 betrug die Zahl der Lebendgeburten nur 23.078. An Totgeburten waren im Jahre 1926 2584 zu verzeichnen. Von den 25.380 Sterbefällen waren 875 Selbstmorde. Bei einer mittleren monatlichen Bevölkerungsziffer von 1.872.278 fanden im Jahre 1926 in Wien 16.288 Trauungen statt, von denen 2289 vor der politischen Behörde geschlossen wurden. Die Zahl der Sterbefälle im Jahre 1926 ist gegenüber der Zahl der Sterbefälle im Jahre 1925 um rund 1000 gestiegen, da 1925 in Wien nur 24.346 Sterbefälle zu verzeichnen waren.

Bezirksvertretung Margareten. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Margareten findet am Montag, den 6. Februar, um 17 Uhr statt.

Die neue Autobuslinie nach Salmansdorf. Wie vorgesehen, wurde heute um 5'45 Uhr die neue Autobuslinie von Döbling nach Salmansdorf eröffnet. Die Linie führt von Döbling Ecke Billrothstrasse und Gymnasiumstrasse durch die Krottenbachstrasse nach Salmansdorf. Die Fahrzeit beträgt fünfzehn Minuten; sie ist ausserordentlich kurz, da die Wagen mit einer Geschwindigkeit von durchschnittlich zwanzig Kilometer fahren. Der erste Wagen fährt von der Endstation in Döbling um 5'45 Uhr und der letzte um 23'12 Uhr nach Salmansdorf. Von Salmansdorf verkehrt der erste Wagen um 6'07 Uhr und der letzte um 23'30 Uhr nach Döbling. Die neue Autobuslinie hat bis 6'30 Uhr einen Fünfzehnerverkehr, dann bis 8 Uhr einen Zehnerverkehr und bis 22 Uhr wieder den Fünfzehnerverkehr. Bis zum Betriebschluss ist dann ein Fünfundzwanzigminutenverkehr vorgesehen. Der Fahrpreis beträgt für Erwachsene zwanzig Groschen; für Personen mit Erkennungskarten acht Groschen. Die Autobusse der neuen Linie wurden heute schon sehr stark benützt.

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

28

Wien, am Dienstag, den 31. Jänner 1928

-----  
Eine direkte Strassenbahnverbindung von Floridsdorf nach Mariahilf. Um von Floridsdorf nach Mariahilf eine direkte Strassenbahnverbindung zu schaffen, hat der gemeinderätliche Unternehmungsausschuss beschlossen eine Anzahl der Floridsdorfer Züge über die Linie 5 zur Mariahilferstrasse zu führen. Die Strassenbahnzüge, die von Floridsdorf auf der Linie 31, dann über den Wallensteinplatz und weiter auf der Linie 5 zur Mariahilferstrasse und umgekehrt geführt werden, werden die Bezeichnung 31/5 tragen. Vorgesehen ist, dass diese direkten Züge nur in der Zeit des dichtesten Verkehrs und zwar vom Betriebsbeginn bis 7 Uhr und von 17 Uhr bis 18 Uhr verkehren. Durch diese direkte Strassenbahnverbindung von Floridsdorf nach Mariahilf wird den Fahrgästen das Umsteigen auf dem Wallensteinplatz erspart.

-----

Berufsausbildungskurse für Arbeitslose. Der Fortbildungsschulrat für Wien, VI., Mollardgasse 87, eröffnet Mitte Februar für Gehilfen, die im ersten bis dritten Gehilfenjahr stehen, ausser den schon früher angezeigten Berufsausbildungskursen noch weitere solche Kurse für Maschinenschlosser, für Feinzeug- und Maschinenschmiede, für Schlosser, für Fein- und Elektromechaniker, für Automechaniker, für Schnitt- und Stanzenmacher und schliesslich für Werkzeugmacher. Die Anmeldung zu den Kursen erfolgt beim Arbeitsnachweis. Der Unterricht wird an Werktagen erteilt und umfasst wöchentlich durch etwa drei Monate 12 Stunden Lehrwerkstättenunterricht und vier Stunden Betriebslehre. Die Kurse sind unentgeltlich und auch die Lernmittel werden kostenlos den Arbeitslosen beigegeben. Ueberdies erhalten die Teilnehmer an den Kursen Strassenbahnfahrscheinene zum Kursbesuch. In diesen Kursen wird den Teilnehmern Gelegenheit zur Weiterausbildung in ihrem Gewerbe geboten, wodurch ihnen neue Erwerbsmöglichkeiten in der heimischen Industrie erschlossen werden.

-----

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

29

Wien, am Dienstag, den 31. Jänner 1928. (Zweite Ausgabe)

.....

Huldigungsfeier beim Schubert-Haus. Bei der Huldigungsfeier, die heute abends vor dem Geburtshaus Franz Schuberts vom Wiener Männergesangsverein veranstaltet wurde, legte die Gemeinde Wien einen Kranz mit weisser roter Schleife und der Inschrift nieder: Die Stadt Wien ihrem unsterblichen Sohn. *Der Feiern* wohnte Bürgermeister *Leitz* bei, der sich verfügte, dass das *Geburtshaus* beflaggt werde. Das amerikanische Schubert-Jahrhundertfeier-Komitee hat den Bürgermeister ersucht, anlässlich der heutigen Feier namens des Komitees einen Kranz bei der Büste Schuberts im Geburtshaus niederzulegen. Die Gemeinde hat diesem Wunsch entsprochen und der Bürgermeister hat an das Komitee in New York ein Schreiben gerichtet, in dem er für das freundliche Gedenken den herzlichsten Dank ausspricht.

.....

Neufestsetzung der Schulferien. Der Stadtschulrat für Wien teilt amtlich mit: In den letzten Tagen brachten die Zeitungen Meldungen über die neue Ferienordnung in den Schulfällen, die zum Teil auf unrichtigen Informationen beruhten. Es wird deshalb die vom Bundesministerium für Unterricht auf Grund des Ministerratsbeschlusses vom 21. Dezember 1927 für die Mittelschulen, Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten sowie kaufmännischer Anstalten getroffene Verfügung nachstehend bekanntgegeben: Das Schuljahr beginnt hienow und fortan mit dem 28. Juni und beginnt mit dem 1. September. Das erste Semester schliesst hienow noch wie bisher mit dem Samstag vor dem 15. Februar, das ist am Samstag, den 11. Februar, in Zukunft aber mit dem ersten Samstag im Februar. Das zweite Semester beginnt wie bisher mit dem darauffolgenden Sonntag, doch sind der Montag und Dienstag schulfrei. Für die Volks-Bürger(Haupt-)- und Sonderschulen hat der Stadtschulrat im eigenen Wirkungskreis die gleiche Dauer des Schuljahres und der Hauptferien verfügt.

.....